

Bitte beachten Sie: Es handelt sich um ein Manuskript. Bitte zitieren Sie nur nach der gedruckten Fassung.

Dreißig Jahre danach: Zur Validierung des Konzepts ‚Parteiidentifikation‘ in der Bundesrepublik

Jürgen W. Falter, Harald Schoen und Claudio Caballero

1. Einleitung

Wohl kaum ein Befund ist in der wahlsoziologischen Literatur der letzten beiden Jahrzehnte so häufig anzutreffen wie die Diagnose, die Bundesrepublik durchlaufe – wie zahlreiche andere westliche Demokratien auch (vgl. etwa Dalton et al. 1984; Schmitt/Holmberg 1995) – eine Phase des *Dealignment* (vgl. etwa Dalton/Rohrschneider 1990; Klingemann/Wattenberg 1990, 1992; Zelle 1998). Demnach lösen sich die psychologischen Bindungen der Bürger an die Parteien auf oder schwächen sich zumindest merklich ab. Überdies verlieren die verbleibenden Bindungen einen Teil ihrer politischen Prägekraft an der Wahlurne. Die Folgen dieser Entwicklung sind vielgestaltig. Erstens erhalten Eindrücke vom aktuellen politischen Geschehen stärkeren Einfluß auf die individuellen Parteipräferenzen, weshalb die Unterstützung der einzelnen Parteien zwischen zwei Wahlen nun größeren Schwankungen unterliegt, ja geradezu Achterbahnfahrten vollführen kann. Zweitens wächst das Potential für Verschiebungen des parteipolitischen Kräfteverhältnisses bei aufeinanderfolgenden Wahlen. Folglich laufen etablierte Parteien Gefahr, vernichtende Niederlagen einzustecken, wie umgekehrt neue Parteien gleichsam wie Phönix aus der Asche die politische Bühne betreten können. Als Spiegelbild der größeren Variabilität der Wählerpräferenzen ist auf seiten der Parteiliten eine stärkere Hinwendung zu kurzfristig erfolgversprechenden Maßnahmen zu erwarten, da Bürger ohne starke psychologische Bindung an eine Partei bereits auf kleine Enttäuschungen mit Vertrauensentzug reagieren dürften. Scheint die Diagnose einer gewachsenen Unberechenbarkeit in der Politik auch weithin geteilt zu werden, so entzieht sie sich doch bisher einer eindeutigen Bewertung: Optimistische Beobachter sehen eine größere Anpassungsfähigkeit des Parteiensystems an reale Probleme, eine ausgeprägtere Sensibilität der politischen Elite für die Wünsche der Bürger sowie ein rationaleres politisches Verhalten des Wahlvolkes. Skeptische Stimmen betonen dagegen, unter solchen Bedingungen könnten sich Bürger eher von irrationalen Motiven leiten lassen, was auf der Ebene des Parteiensystems leicht populistischen und antidemokratischen Parteien den Weg ebnen könnte (siehe Converse/Dupeux 1962; Shively 1972: 1206-1219).

Diese weitreichenden Folgerungen und Spekulationen beruhen auf Aussagen über die Verbreitung und Stärke von Parteibindungen. Daher steht und fällt die Gültigkeit der angeführten Schlüsse mit der Richtigkeit der Annahme, das Konzept ‚Parteiidentifikation‘ besitze auch für die Bundesrepublik Gültigkeit, d.h. es sei in sinnvoller Weise auf deutsche Verhältnisse übertragbar. Diese Voraussetzung ist keineswegs trivial, wurde das Konzept doch in den USA der späten vierziger und frühen fünfziger Jahre entwickelt, also in einem historischen, kulturellen und institutionellen Kontext, der sich von dem der Bundesrepublik deutlich unterscheidet. Um auszuschließen, daß die Debatte über das *Dealignment* und seine Konsequenzen auf einem bloßen Trugbild, nämlich der unbegründeten Annahme der interkulturellen

Übertragbarkeit des Konzepts ‚Parteiidentifikation‘ beruht und damit selbst höchst fragwürdig erscheint, werden wir im folgenden prüfen, inwieweit sich das Konstrukt auf die heutige Bundesrepublik anwenden läßt.

Die weiteren Ausführungen zerfallen in fünf Teile. Zunächst werden wir das Konzept ‚Parteiidentifikation‘ vorstellen und einen kurzen Überblick über die wissenschaftliche Diskussion geben, die darum entbrannt ist. Dies dient nicht zuletzt dazu, im darauf folgenden Abschnitt Hypothesen ableiten zu können, die unsere empirischen Validierungsversuche leiten werden. Nach einer knappen Darstellung und Diskussion des verwendeten Datenmaterials werden wir anschließend diese Hypothesen empirisch überprüfen. Besondere Aufmerksamkeit werden wir dabei der Stabilität von Parteibindungen schenken, da dieser Aspekt in der vorliegenden Literatur bisher aufgrund der Datenlage nicht angemessen berücksichtigt werden konnte. Abschließend werden wir die zentralen Befunde unserer Analysen zusammenfassen und daraus Folgerungen für die Verwendbarkeit des Konstrukts und die weitere Forschung darüber ableiten.

2. Das Konzept ‚Parteiidentifikation‘ in der Wahlforschung – ein historischer Überblick

2.1 Das Parteiidentifikationskonstrukt der Michigan-Schule

Das Konzept der Parteiidentifikation bildet das Herzstück des in den späten vierziger und vor allem den fünfziger Jahren von der Forschergruppe um Angus Campbell entwickelten sozialpsychologischen Modells zur Erklärung von Wahlverhalten (vgl. Belknap/Campbell 1952; Campbell et al. 1954; Campbell et al. 1960). Darin wird die individuelle Wahlentscheidung auf den Einfluß einer Trias von Faktoren zurückgeführt, der Parteibindung, der Kandidatenorientierung und der Ausrichtung des einzelnen an Sachfragen (*issues*). Während die Einstellungen zum politischen Personal und den *issues* als kurzfristig variabel angesehen werden, handelt es sich bei dem Konstrukt der Parteiidentifikation um eine langfristig stabile affektive Bindung des Individuums an eine politische Partei, gleichsam um eine psychologische Parteimitgliedschaft.¹ Positive Gefühle für eine Partei sind zwar ein unabdingbarer Bestandteil einer Parteibindung, doch reichen sie nicht aus, um einen Bürger als Parteianhänger zu bezeichnen, vielmehr muß die Parteianhängerschaft einen Teil der Identität einer Person bilden (vgl. Converse/Pierce 1987: 143; Miller 1976: 22, 1991: 558; ähnlich: Feldman/Zuckerman 1982: 215; [Greene 1999](#); Jenson 1978).

Um zu ermitteln, ob sich eine Person mit einer Partei identifiziert, wird mit einem Selbstklassifizierungsindikator gearbeitet. Den Respondenten wird die Frage gestellt: „Generally speaking, do you think of yourself as a Democrat, a Republican, an Independent, or what?“ Sofern sich der Befragte zu einer der beiden Parteien bekennt, wird er anschließend um eine Auskunft über die Stärke seiner Bindung gebeten. Hat er sich auf die erste Frage hingegen als Unabhängiger zu erkennen gegeben, wird er nun gefragt, ob er nicht doch zu einer der beiden Parteien tendiere. Mit Hilfe dieser Informati-

¹ Die Parteiidentifikation bildet gewissermaßen das sozialpsychologische Äquivalent zum sozialstrukturell festgelegten *index of political predisposition* der Columbia School (vgl. Lazarsfeld et al. 1944). Denn beide Konzepte dienen dazu, die für die Forscher anfänglich überraschende Kontinuität im Stimmverhalten zu erklären.

onen lassen sich die Befragten auf einer siebenstufigen, symmetrischen Skala anordnen, die von stark identifizierten Demokraten über schwache Demokraten, *Democratic leaners* und vollkommen Unabhängige bis hin zu Personen reicht, die sich stark mit den Republikanern verbunden fühlen. Mithin wird die Parteiidentifikation als ein eindimensionales bipolares Konzept verstanden, so daß die Identifikation mit der einen Partei als Ableh-Ablehnung der anderen interpretiert werden kann (vgl. Campbell et al. 1960: 122-123).

| Innerhalb des Attitudengefüges eines Individuums nimmt die Partei-identifikation eine zentrale Position ein. Dank ihrer Zentralität und Stabilität wirkt sie wie ein Wahrnehmungsfiler, der den Blick eines Menschen auf das politische Geschehen beeinflusst (vgl. Campbell et al. 1960: 128-136). Einerseits läßt sie ihm die Politik subjektiv wichtig erscheinen (vgl. Campbell et al. 1960: 142-145), andererseits taucht die Parteibindung die Realität in ein für die Partei, mit der man sich identifiziert, günstiges Licht und färbt auf diese Weise periphere und kurzfristig variable Einstellungen (vgl. Miller 1976: 27). Dieser Kolorierungseffekt führt dazu, daß Anhänger das Spitzenpersonal ihrer Partei im aAllgemeinen für attraktiver als das der Konkurrenz halten und ihrer Partei und deren Kandidaten gemeinhin bescheinigen, am ehesten geeignete Lösungen für gravierende gesellschaftliche Probleme entwickeln zu können. Umgekehrt sehen die Anhänger einer Partei die anderen politischen Gruppierungen in besonders schlechtem Licht. Damit hilft eine Parteiidentifikation dem Bürger, politische Komplexität zu reduzieren und sich in der alltagsfernen Sphäre der Politik zu orientieren (vgl. Goldberg 1969; Shively 1979).

Die Ann Arbor-Schule geht davon aus, die Parteiidentifikation werde in einer frühen Phase der politischen Sozialisation in der Familie intergenerational übertragen, gleichsam vererbt (vgl. Campbell et al. 1960: 146-149). Anschließend sorgten die skizzierten Mechanismen innerhalb des Attitudengefüges für kognitive Konsistenz im Sinne der Parteibindung und ließen diese im Laufe der Zeit intensiver werden (vgl. Campbell et al. 1960: 161-165; Converse 1969, 1976). Jedoch resultiert daraus nicht notwendigerweise ein vollkommen gegen Erfahrung abgeschottetes Einstellungssystem. Denn auch bei Parteianhängern können Konflikte zwischen Wahrnehmungen und Einstellungen einerseits und der Parteibindung andererseits auftreten. Da etwaige Konflikte dank der herausragenden Stellung der Parteibindung jedoch asymmetrisch zu deren Gunsten angelegt sind, ändert sie sich, obgleich prinzipiell wandelbar, in der Regel nicht. Sind die mit der Parteibindung konfligierenden Einstellungen und Perzeptionen indes gravierend genug, so bleibt die Parteiidentifikation davon nicht unberührt. Beispielsweise haben in den USA die krisenhaften Erfahrungen des Bürgerkriegs und der Großen Depression zur Abschwächung und sogar zur Richtungsänderung von Parteibindungen geführt (vgl. Campbell et al. 1960: 134-135, 149-160, 165).

Die Parteibindung koloriert nicht nur Einstellungen, sondern beeinflusst als „standing decision“ (Key/Munger 1959: 286) zugunsten einer Partei auch das politische Verhalten einer Person (vgl. Campbell et al. 1960: 136-142). Sie stabilisiert das Wahlverhalten im Sinne der Identifikationspartei. Deshalb gehen Anhänger einer Partei erstens häufiger überhaupt zur Wahl. Zweitens stimmen sie weit überwiegend für ‚ihre‘ Partei, es sei denn, deren aktuelles Personalangebot oder konkreten Lösungsvorschläge sagen ihnen überhaupt nicht zu. Folglich sind unter Parteianhängern Wechselwähler selten anzutreffen, wie Parteiidentifizierer auch bei der simultanen Vergabe mehrerer

Voten die Möglichkeit des Stimmensplittings unterdurchschnittlich nutzen (vgl. Campbell/Miller 1957: 305-308). Dieser direkte stabilisierende Effekt der Parteibindung wird von dem skizzierten Kolorierungseffekt unterstützt, da die von der Parteibindung gefärbten kurzfristig variablen Einstellungen, also Kandidaten- und Sachfragenorientierungen, ebenfalls die Wahlentscheidung beeinflussen. Dank der Kumulation ihrer direkten und indirekten Wirkungen übt die Parteidentifikation innerhalb der Michigan-Trias den größten Einfluß auf das Wahlverhalten aus.

Die Betonung ihres mikro-analytischen Werts darf nicht den Blick auf die Bedeutung der Parteidentifikation für Analysen verstellen, die das politische Geschehen auf der Makroebene untersuchen. Erstens bildet die Parteidentifikation das Fundament für Aussagen über die Verteilung längerfristiger Parteineigungen in einer Gesellschaft, die untrennbar mit den Begriffen *Dealignment* und *Realignment* verbunden sind (vgl. etwa Burnham 1970; Inglehart/Hochstein 1972; Beck 1979). Zweitens fußt das Konzept der *normal-vote*-Analyse auf der Parteidentifikation als einer langfristig stabilen und vom Wahlverhalten unterscheidbaren Einflußgröße, da nur sie es erlaubt, den Beitrag langfristiger und kurzfristiger Einflüsse auf den Wahlausgang zu trennen und zu quantifizieren (vgl. Converse 1966). Drittens ist die Parteidentifikation unabdingbare Voraussetzung für die von Key (1955, 1959) vorbereitete, von Campbell et al. (1960: 531-538) entwickelte und von Pomper (1967) modifizierte Klassifikation von Wahlen und insbesondere zur Identifikation von *critical elections*.

2.2 Das Konzept in der Diskussion

Trotz - oder gerade wegen - seiner herausragenden Bedeutung für die Wahlforschung wird das Konzept der Parteidentifikation seit jeher besonders kritisch diskutiert. Neben grundsätzlichen Einwänden, die den theoretischen Erklärungswert des Konzepts bezweifeln (vgl. Rossi 1959: 41-42), lassen sich vier Schwerpunkte der wissenschaftlichen Diskussion erkennen. Erstens werden die Genese und die Entwicklung von Parteibindungen problematisiert. Dabei wird zum einen die relative Bedeutung verschiedener Sozialisierungseinflüsse für die Herausbildung von Parteibindungen untersucht (siehe Jennings/Niemi 1968; Franklin 1984; Carmines et al. 1987; Luskin et al. 1989; Niemi/Jennings 1991; Mattei/Niemi 1991; Westholm/Niemi 1992). Zum anderen ist die von Converse (1969, 1976) postulierte lebenszyklische Intensivierung der Parteidentifikation zugunsten einer stärkeren Betonung von Generationseffekten in die Kritik geraten (siehe etwa Abramson 1979; Claggett 1981; Jennings/Markus 1984; Norpoth/Rusk 1982).

Zweitens wird die traditionelle siebenstufige Klassifikation von Parteihängern und Unabhängigen mit Skepsis betrachtet. Zum einen wird die unterstellte Eindimensionalität angezweifelt; alternativ wird vorgeschlagen, die Richtung der Parteibindung von deren Intensität zu trennen (vgl. Katz 1979) oder die Identifikation mit jeder Partei separat zu messen, da multiple oder auch negative Parteibindungen denkbar seien (vgl. Petrocik 1974; Weisberg 1980; Valentine/Van Wingen 1980; Knight 1984; Rose/Mishler 1998). Läßt man dieses eher konzeptionelle Problem beiseite, bleibt zum anderen die Frage, inwieweit das Instrument affektive Parteibindungen korrekt abbildet. Neben einer Reihe von Operationalisierungsfragen (siehe etwa Miller/Wattenberg 1983; Kenney/Rice 1988; McAllister/Wattenberg 1995)

wird ferner intensiv diskutiert, wie mit den Befragten umzugehen sei, die sich zunächst zu keiner Partei bekennen, aber auf Nachfrage angeben, doch zu einer Partei zu tendieren. Dabei wird in jüngerer Zeit die traditionelle Sichtweise, entscheidend für die Einordnung als Parteianhänger sei die Antwort des Respondenten auf die erste Frage (vgl. Miller 1991), angezweifelt und die *leaners* als *closet partisans*, also Parteianhänger, die sich nicht öffentlich zu ihrer Parteiidentifikation bekennen, bezeichnet (vgl. Keith et al. 1992).

Drittens stößt die prominente Position der Parteibindung innerhalb des Ann Arbor-Modells auf Kritik. Erstens wird der überragende Einfluß der Parteiidentifikation auf das Wahlverhalten als Spezifikum der fünfziger Jahre relativiert (siehe etwa Nie et al. 1976: 47-73, 156-173; Wattenberg 1996; siehe aber auch Miller/Shanks 1996: 146-149; Bartels 2000). Zweitens, und dieser Einwand wiegt aus konzeptioneller Perspektive schwerer, sieht sich der Status der Parteiidentifikation als „*unmoved mover*“ der Kritik ausgesetzt. Diese speist sich einestheils aus Befunden, die zeigen, daß die Verteilung der Parteibindungen im Aggregat spürbar auf kurzfristige Einflüsse wie die Beurteilung der Wirtschaftslage oder des Präsidenten reagiert (siehe Allsop/Weisberg 1988; Whiteley 1988; MacKuen et al. 1989, 1992; Abramson/Ostrom 1991, 1992, 1994; Weisberg/Smith 1991; Box-Steffensmeier/Smith 1996; Green et al. 1998). Andernteils hat sich auch die individuelle Parteiidentifikation als durchaus von Kandidatenbewertungen und Sachfragenorientierungen beeinflusst erwiesen (siehe etwa Goldberg 1966; Jackson 1975; Meier 1975; Converse/Markus 1979; Markus/Converse 1979; Fiorina 1981; Franklin/Jackson 1983; Brody/Rothenberg 1988; Achen 1992; Franklin 1992; Rice/Hilton 1996; Gerber/Green 1998; Sears/Funk 1999). Die ehemals konzeptionell der eigenen politischen Erfahrung des Bürgers vorgelagerte Parteibindung erhält auf diese Weise stärker politische Wurzeln; und der *unmoved mover* wird zu einem „*running tally*“ (Fiorina 1981: 89) oder „*crawling peg*“ (Falter 1977a: 482) degradiert, gilt also nur noch als laufender, wenn auch verzögert reagierender Saldo der individuellen Erfahrungen mit den Parteien. Eine solche weniger sozialpsychologisch als vielmehr kognitiv unterfütterte Konzeption erlaubt erstens relativ rasche Veränderungen der Parteibindungen. Zweitens gestattet sie zum Beispiel die simultane Identifikation mit unterschiedlichen Parteien auf verschiedenen staatlichen Ebenen (vgl. etwa Elkins 1978: 421; Niemi et al. 1987; Stewart/Clarke 1998).

Neben diesen systematischen Einwänden hat sich eine Diskussion um die interkulturelle Übertragbarkeit des in den USA entwickelten Konzepts entsponnen. Dominierten anfangs günstige Diagnosen (vgl. Campbell/Valen 1961; Converse/Dupeux 1962), regten sich bald auch skeptische Stimmen. Nahrung finden Zweifel erstens in der Überlegung, in den stärker von sozialen Gegensätzen geprägten europäischen Gesellschaften bestimmten vor allem Bindungen an soziale Großgruppen die politische Weltsicht und prägten daher das politische Verhalten der Bürger in weit größerem Maße als in den USA, weshalb die Parteiidentifikation lediglich eine nachgeordnete Rolle als aus derartigen Gruppenbindungen abgeleitete Einstellung spielen könne (vgl. Campbell/Valen 1961; Shively 1972: 1222; Miller 1976: 27; Richardson 1991). Zweitens stützt sich die Skepsis auf empirische Analysen, die eine engere Verknüpfung zwischen Parteiidentifikation und Wahlverhalten feststellten als in den USA (vgl. Butler/Stokes 1969: 37-43, Sniderman et al. 1974: 278-281; siehe aber Cain/Ferejohn 1981; Mughan 1981), was gegen die Unterscheidbarkeit beider Größen spreche und das Konzept „Parteiiden-

tifikation' für einzelne Nationen entbehrlich werden lasse (vgl. Thomassen 1976). Wie die zuvor angeführten Debatten dauert auch diese Diskussion noch an.

2.3 Zur Übertragbarkeit des Konzepts auf die Bundesrepublik

Die bundesdeutsche Wahlforschung begann in den sechziger Jahren sich mit der Frage auseinanderzusetzen, inwieweit sie das Konzept ‚Parteiidentifikation‘ sinnvoll nutzen könne. Eine besondere Schwierigkeit ergab sich dabei aus der Tatsache, daß zum einen die Übertragbarkeit des Konzepts generell fraglich war, zum anderen keine valide Meßmethode zur Verfügung stand, die die Überprüfung der ersten Teilfrage gestattet hätte. Die Auflösung dieses Dilemmas, die funktionale Äquivalenz (vgl. Przeworski/Teune 1970: 91-131) des Konzepts für die Bundesrepublik nachzuweisen, gelang mit Hilfe des Grundgedankens der Konstruktvalidierung. Es wurde ein Indikator, dessen Validität zunächst unterstellt wurde, zur Messung eingesetzt; anhand der Meßwerte wurden aus dem Michigan-Modell entwickelte Hypothesen überprüft, und deren empirische Bestätigung wurde als Beleg für die Validität sowohl des Konstrukts als auch des Indikators gewertet (vgl. Falter/Trommsdorff 1972; Falter 1977a: 483-486, 1984).

Dieser Gedanke half die Forschung von Auseinandersetzungen um die korrekte Frageformulierung² (siehe für eine Übersicht Gluchowski 1978: 271) sowie von Versuchen, die US-amerikanischen Parteiidentifikationsraten zu erreichen, abzubringen und sich stärker theoretisch reflektierten Analysen zuzuwenden. Die systematischen Validierungsversuche, die nicht zuletzt Argumente, die gegen die Übertragbarkeit ins Feld geführt worden waren, zur Hypothesenentwicklung nutzten (vgl. Gluchowski 1978, 1983; Zohlnhöfer 1965; Norpoth 1978, 1983), waren weitgehend erfolgreich (siehe auch Berger 1973, 1977; Falter 1977a, 1984). Sie konnten zwar nicht alle Zweifel zerstreuen: Nach wie vor wird gefragt, ob die mittlerweile etablierte Operationalisierung nicht nur ein alternatives Maß der aktuellen Wahlabsicht darstelle (vgl. etwa Küchler 1985: 163-165); und es wird bezweifelt, ob in der Bundesrepublik Parteibindungen neben den Bindungen an soziale Großgruppen eine eigenständige Wirkung zeitigten (vgl. Pappi 1973; Kaase 1976: 82-83; Berger 1977: 506-507; Norpoth 1978: 39-40). Doch haben die Validierungsanalysen zumindest die anfangs deutlich vernehmbaren, wenn nicht sogar dominierenden skeptischen Stimmen (siehe Kaase 1970, 1976; Schleich/Weede 1971; Radtke 1972) leiser werden und die Parteiidentifikation sowie das darauf gestützte Michigan-Modell in der bundesdeutschen Wahlforschung zu einem Standardinstrument avancieren lassen (siehe etwa Falter/Rattinger 1982, 1983, 1986; Rattinger 1998; Jagodzinski/Kühnel 1990; Gabriel 1997; Gabriel/Vetter 1998).

² Diese Diskussion hatte insofern ihre Berechtigung, als eine wörtliche Übertragung des amerikanischen Vorbilds zu keinem funktional äquivalenten Meßinstrument geführt hätte. Gegen eine wörtliche Übertragung sprachen der in Deutschland verbreitete Antiparteienafekt, das bundesdeutsche Mehrparteiensystem sowie die Tatsache, daß auf diese Weise wohl nur formale Parteimitglieder, nicht jedoch alle Parteianhänger erfaßt worden wären. Aus dieser Diskussion ist die folgende Frage als weithin akzeptiertes Standardinstrument hervorgegangen: „Viele Leute neigen in der Bundesrepublik längere Zeit einer bestimmten Partei zu, obwohl sie auch ab und zu eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen: Neigen Sie – ganz allgemein gesprochen – einer bestimmten Partei zu? Wenn ja, welcher?“

Kaum schien die Übertragung der Parteiidentifikation auf die ursprüngliche Bundesrepublik geglückt, konfrontierte die deutsche Wiedervereinigung die Wahlforschung mit der Frage, ob das Konstrukt ‚Parteiidentifikation‘ denn auch auf die neuen Bundesländer anwendbar sei. Anfangs herrschte Skepsis: Die Bewohner der einstigen DDR könnten mangels voneinander unterscheidbarer Parteien und freier Wahlen überhaupt keine Parteibindungen erworben haben, weshalb Wahlen in den neuen Ländern allein von Sachfragen- und Kandidatenorientierungen entschieden würden (vgl. Roth 1991). Als gezeigt werden konnte, daß sich auf dem Gebiet der DDR bereits in der Zeit der Teilung „Quasi-Parteibindungen“ an die bundesdeutschen Parteien entwickelt hatten (vgl. Bluck/Kreikenbom 1991, 1993; Schmitt 1992) und die grundsätzliche Übertragbarkeit des Konzepts belegt werden konnte (vgl. Rattinger 1994a, b, 1995; Gehring/Winkler 1997), wendete sich das Blatt jedoch auch in dieser Hinsicht zugunsten der Parteiidentifikation.

Alles in allem ist die Parteiidentifikation in der Bundesrepublik, auch nach der Wiedervereinigung, aus dem Repertoire der empirischen Wahlforschung kaum mehr wegzudenken. Dennoch sind nicht alle Zweifel ausgeräumt, da nicht zuletzt die Frage nach der mittel- und längerfristigen Stabilität von Parteiidentifikationen in der Bundesrepublik mangels geeigneter Daten (vgl. Norpoth 1978: 51) bisher nicht untersucht werden konnte. Dies ist alles andere als ein nebensächlicher Aspekt, ist die Parteiidentifikation doch als eine langfristig stabile und vom aktuellen Wahlverhalten unterscheidbare Einstellung konzipiert. Sollte sie sich empirisch als hochgradig volatil erweisen oder von der Wahlentscheidung nicht unterscheidbar sein, so wäre zu bezweifeln, ob die in der Bundesrepublik übliche Operationalisierung die intendierte Einstellung mißt. Deshalb unternehmen wir im folgenden einen Validierungsversuch zur Parteiidentifikation in den alten und neuen Bundesländern in den neunziger Jahren, der die Stabilität der Parteiidentifikation nicht außer acht läßt.

3. Hypothesen zur Validierung des Konzepts

Um festzustellen, ob das Konzept ‚Parteiidentifikation‘ auf die Bundesrepublik übertragbar ist und die verwendete Operationalisierung ein valides Meßinstrument darstellt, ist es weniger wichtig, den Anteil der Parteiidentifizierer zu ermitteln. Entscheidend ist vielmehr die Frage, inwieweit die Parteiidentifikation in den USA und in der Bundesrepublik die gleichen Eigenschaften aufweist (siehe etwa Elkins 1978: 422). Diese der Konstruktvalidierung zugrunde liegende Idee leitet auch unsere Analyse (vgl. zum Gedanken der Konstruktvalidierung Falter 1977b). Daher entwickeln wir in diesem Abschnitt Hypothesen, wie sich die Parteibindung verhalten müßte, falls der eingesetzte Indikator tatsächlich Parteiidentifikationen im Sinne des Michigan-Konzepts messen sollte.

Die Charakterisierung der Parteiidentifikation als langfristig stabile affektive Bindung an eine politische Partei, die innerhalb eines individuellen Einstellungssystems eine zentrale Position einnimmt, erlaubt es, eine Reihe von Hypothesen abzuleiten (siehe etwa Budge et al. 1976: 12). Aus ihrer herausragenden Stellung im individuellen Attitudengefüge folgt, daß die Wahrnehmung der Realität und weniger zentrale Einstellungen durch die Parteiidentifikation quasi eingefärbt werden. Beispielsweise sollten Parteianhänger die Kandidaten ihrer Partei positiver beurteilen als die Kandidaten der anderen Parteien; ferner sollten sie die Identifikationspartei für beson-

ders kompetent halten, politische Probleme zu lösen, und dieser Partei außerordentlich gute Chancen im politischen Wettbewerb zuschreiben. Durch den Filter einer Parteiidentifikation betrachtet, dürfte die politische Realität zudem stärker polarisiert wahrgenommen werden: Die eigene Partei erscheint in besonders günstigem Licht, konkurrierende Angebote sollten dagegen ausgesprochen kritisch beurteilt werden (siehe Borre/Katz 1973: 79-85; Greene 1999: 399-400).

Die Parteiidentifikation erfüllt demnach eine wichtige Filterfunktion und hilft dem Bürger, sich in der von seinem Alltag im allgemeinen weit entfernten Sphäre der Politik zu orientieren. Sieht man diese Funktion als wesentliche Ursache für den Erwerb einer Parteiidentifikation an (vgl. etwa Shively 1979), so sollte zwischen den kognitiven Fähigkeiten einer Person und der Entstehung einer Parteibindung ein Zusammenhang bestehen. Es sollten diejenigen besonders häufig und intensive Parteiidentifikationen aufweisen, für die die politische Sphäre besonders schwer durchschaubar ist, weshalb mit ansteigender formaler Bildung Parteibindungen seltener erforderlich sein und auftreten sollten. Die These, die Parteiidentifikation entstehe in einer frühen Phase der politischen Sozialisation und intensiviere sich im Laufe des Lebenszyklus, läßt sich mit den vorliegenden Daten nicht direkt, sondern allenfalls indirekt prüfen. Dazu gehen wir von der Hypothese aus, daß in der Querschnittsbetrachtung mit dem Lebensalter die Häufigkeit, die Intensität und die Dauer von Parteibindungen zunehmen.

Die Wirkung der Parteineigung beschränkt sich jedoch nicht auf eine parteipolitische Kolorierung anderer Einstellungen, sondern färbt die politische Weltsicht eines Menschen in einem umfassenderen Sinne. Denn eine Parteibindung fördert eine intrinsische Motivation des Bürgers, sich mit Politik im allgemeinen und dem Schicksal der Identifikationspartei im besonderen auseinanderzusetzen und daran Anteil zu nehmen (siehe Borre/Katz 1973: 79-81). Folglich sollten Parteianhänger überdurchschnittlich stark an Politik interessiert sein. Damit einhergehend ist zu erwarten, daß sie sich über das politische Geschehen ausgiebiger informieren, darüber besser Bescheid wissen und häufiger Gespräche politischen Inhalts führen als Menschen, die sich keiner Partei verbunden fühlen.

Schließlich beeinflusst eine Parteiidentifikation das politische Verhalten. Deshalb sollten sich Parteianhänger nicht zuletzt im Verhalten bei Wahlen von der übrigen Bevölkerung unterscheiden. Erstens sollten sie, da es für sie psychologisch um etwas geht, regelmäßiger und mit höherer Wahrscheinlichkeit an Wahlen teilnehmen als andere Bürger. Zweitens sollten sie sich in der Regel dabei für ‚ihre‘ Partei entscheiden. Nimmt man die Stabilität der Parteiidentifikation hinzu, sollten sie sich drittens bei der Richtung der Wahlentscheidung durch eine überdurchschnittliche Konstanz auszeichnen: Sie sollten vergleichsweise selten zwischen zwei Urnengängen die Partei wechseln und, sofern sie an einem Wahltag Gelegenheit zu mehreren Voten haben, von der Möglichkeit des Stimmensplittings in geringerem Maße als parteipolitisch Nichtgebundene Gebrauch machen.

Die angeführten Zusammenhangshypothesen sind für die Konstruktvalidierung in zweierlei Hinsicht wichtig. Erstens müssen sich die Parteianhänger von Personen ohne Parteibindung in der skizzierten Weise unterscheiden. Zweitens sollten unter den Parteianhängern Unterschiede auftreten, und zwar in Abhängigkeit von der Intensität der Parteiidentifikation: Je stärker eine Parteiidentifikation ausgeprägt ist, umso nachhaltiger sollte sie Wahrnehmung, Einstellungen und Verhalten beeinflussen (vgl. etwa Jenson 1975: 546).

Die Suche nach Korrelaten von Parteibindungen bildet einen unabdingbaren Schritt zur Validierung des Konzepts der Parteiidentifikation, doch darf sich die Analyse nicht darauf beschränken. Denn es könnten sämtliche korrelativen Hypothesen empirisch bestätigt werden, die Parteibindung jedoch nicht über die Zeit stabil sein oder lediglich das Wahlverhalten widerspiegeln. Damit fehlten der Parteiidentifikation gerade jene Attribute, die ihre herausragende Bedeutung als den anderen Einstellungen und dem politischen Verhalten kausal vorgelagerte langfristig stabile Bindung an eine Partei ausmachen und ihren analytischen Wert begründet haben (vgl. Campbell et al. 1960: 135). Deshalb ist ein Validierungsversuch um eine Analyse der Stabilität und Verankerung der Parteiidentifikation zu erweitern. Dabei ist einerseits das subjektive Empfinden der Befragten von Interesse: Sie sollten das Gefühl haben, bei ihrer Parteiidentifikation handele es sich um eine tief verankerte und stabile Attitüde. Andererseits ist die objektive Stabilität und Verankerung zu untersuchen, da die Angaben der Befragten nicht notwendig mit den Tatsachen übereinstimmen müssen. Zunächst ist die absolute Stabilität der Parteibindungen über die Zeit von Interesse, da sehr stark fluktuierende Auskünfte über Parteibindungen die Bezeichnung ‚Identifikation‘ als Farce erscheinen ließen, während weitestgehend stabile Angaben das Konzept stützten. Aber selbst wenn diese sehr ambitionierte Bedingung nicht erfüllt sein sollte, könnte sich das Konzept ‚Parteiidentifikation‘ als theoretisch fruchtbar erweisen, nämlich dann, wenn sich Parteibindungen im Vergleich zu anderen Einstellungen und zum Wahlverhalten als stabiler erwiesen – dies ist der Aspekt der relativen Stabilität. Darüber hinaus erlaubt die Stabilitätsanalyse schließlich eine Validierung der Korrelationsanalysen, da Personen mit einer stabilen Parteiidentifikation die Parteienhängern zugeschriebenen Merkmale in deutlicherer Ausprägung aufweisen sollten als Befragte mit wechselnden Parteiloyalitäten.

4. Vorgehensweise und Daten

In den folgenden Abschnitten werden wir die vorstehend entwickelten Hypothesen überprüfen. Dabei werden wir in zwei Schritten vorgehen. Erstens werden wir das Verständnis des Begriffs ‚Parteiidentifikation‘ untersuchen und die Korrelationshypothesen überprüfen. Als Datengrundlage verwenden wir hierfür die beiden Querschnittsbefragungen zu den Bundestagswahlen 1994 und 1998 (ZA-Nr. 3064), die im Rahmen des DFG-Projekts „Politische Einstellungen, politische Partizipation und Wählerverhalten im vereinigten Deutschland“ durchgeführt worden sind. Indem wir zwei Datenpunkte zugrunde legen, versuchen wir der Gefahr, Zufallsergebnisse zu erhalten, zu entgehen.

Zweitens werden wir die Stabilität der Parteiidentifikation auf der Individualebene eingehend analysieren. Dazu greifen wir auf den aus dem gleichen DFG-Projekt hervorgegangenen Paneldatensatz (ZA-Nr. 3067) als Hauptquelle zurück; dies nicht zuletzt deshalb, weil dieses eine Legislaturperiode umspannende Panel es erlaubt, die mittelfristige Stabilität der Parteibindungen zu untersuchen. Daneben setzen wir die Kurzfristpanels zu den Bundestagswahlen 1972, 1976, 1983, 1987 und 1990 (ZA-Nr. 635, 823, 1276, 1537, 1919) sowie das Sozio-ökonomische Panel (SOEP) ein, um auch die kurz- und längerfristige Stabilität von Parteiloyalitäten überprüfen zu können. Das Paneldesign hat den großen Vorzug, Konstanz und Wandel von Merkmalen auf der Individualebene abzubilden. Allerdings sind Wie-

derholungsbefragungen mit dem Problem der Panelmortalität behaftet. Dies erscheint insofern als besonders schwerwiegend, als nicht alle Teilnehmer davon mit gleicher Wahrscheinlichkeit betroffen sind, sondern weniger gebildete und politisch wenig interessierte Befragte bevorzugt ausscheiden. Verbleiben infolge der sozial asymmetrischen Panelmortalität besser gebildete, politisch stärker interessierte und in ihren Einstellungen eher gefestigte Befragte im Panel, so sollten die Paneldaten die individuelle Stabilität der Parteiidentifikation tendenziell überschätzen – und zwar umso stärker, je länger ein Panel andauert. Indes läßt sich dieser Verzerrung auch eine positive Seite abgewinnen: Sollte die Parteiidentifikation selbst unter den Panelteilnehmern außerordentlich instabil sein, so wäre die Fluktuation in der Gesamtbevölkerung noch weitaus höher zu veranschlagen. Der Test an einem solchen kritischen Fall bietet mithin eine gute Grundlage, um das untersuchte Konzept zu verwerfen.

5. Empirische Befunde zur Parteiidentifikation in der Bundesrepublik

5.1 Subjektive Bedeutung und Korrelate von Parteibindungen

5.1.1 Das subjektive Verständnis von ‚Parteiidentifikation‘

Die in Tabelle 1 zusammengestellten Befunde zu Häufigkeit, Stärke und Alter von Parteibindungen, wie sie mit der etablierten ‚Parteieigner-Frage‘ erhoben werden, stützen unsere Erwartungen weitgehend. Erstens schreibt sich die Mehrzahl der Anhänger nicht nur eine schwache, sondern zumindest eine mittelmäßig ausgeprägte Parteiidentifikation zu; auch geben die meisten Befragten an, ihre Parteineigung bestehe mindestens seit ein paar Jahren. Traut man den Auskünften der Respondenten, scheint es sich bei den gemessenen Attitüden also um längerfristig stabile und stark ausgeprägte Einstellungen zu den Parteien zu handeln. Zweitens führt ein innerdeutscher Vergleich zu dem hochgradig plausiblen Ergebnis, daß in den neuen Bundesländern weniger Menschen als in den alten überhaupt eine Parteiidentifikation besitzen, die Bindungen tendenziell schwächer ausgeprägt sind und – dies fällt besonders ins Auge – weniger lange existieren. Alle drei Unterschiede lassen sich darauf zurückführen, daß – sieht man an dieser Stelle von bereits vor der Wiedervereinigung erworbenen "virtuellen" Parteibindungen ab (vgl. Bluck/Kreikenbom 1991, 1993; Schmitt 1992) – die Ostdeutschen deutlich weniger Zeit als ihre westdeutschen Landsleute hatten, Parteiidentifikationen auszubilden. Drittens entspricht der deutliche positive Zusammenhang zwischen der Stärke und dem Alter einer Parteineigung unseren theoretischen Erwartungen, da wir mit Converse (1969) von einer allmählichen Verfestigung von Parteibindungen ausgehen.

Tabelle 1: Häufigkeit, Stärke und Dauer von Parteiidentifikationen in West- und Ostdeutschland, 1994 und 1998

	West		Ost	
	1994	1998	1994	1998
<i>Intensität der Parteibindung</i>				
keine PID	24.8	26.0	37.9	37.8
schwach ¹	7.7	5.7	4.7	3.7
mittelmäßig	39.8	35.8	32.5	34.5
stark	23.8	26.4	20.5	19.2
sehr stark	4.0	6.0	4.5	4.8
N	1818	2054	1930	1021
<i>Dauer der Parteibindung</i>				
keine PID	24.8	26.0	37.9	37.8
einige Monate ²	4.6	4.0	5.0	5.3
ein paar Jahre	18.3	14.1	42.7	29.5
viele Jahre	31.4	33.3	11.7	23.6
seit erinnerlich	21.0	22.6	2.7	3.8
N	1818	2055	1930	1021
<i>Korrelation zwischen Stärke und Dauer³</i>				
	.26c	.21c	.34c	.33c

¹ Die Kategorie ‚schwach‘ enthält Befragte, die angaben, eine ‚ziemlich schwache‘ oder eine ‚sehr schwache‘ Parteiidentifikation zu besitzen.

² Die Kategorie ‚einige Monate‘ enthält Befragte, die angaben, seit ‚ein paar Wochen‘ oder seit ‚ein paar Monaten‘ eine Parteiidentifikation zu besitzen.

³ Die Korrelation wurde nur für bekennende Parteianhänger berechnet, wobei die in den Fußnoten 1 und 2 angegebenen Zusammenfassungen nicht berücksichtigt wurden.

Signifikanzniveaus: a: $p < 0.05$, b: $p < 0.01$, c: $p < 0.001$.

Quelle: DFG-Projekt „Politische Einstellungen, politische Partizipation und Wählerverhalten im vereinigten Deutschland“, Querschnittsdaten, gewichtet.

Die Ergebnisse zum subjektiven Verständnis des Begriffs ‚Parteiidentifikation‘ bei den Respondenten deuten in die gleiche Richtung (siehe Tabelle 2). Erstens stimmen die Parteianhänger in ihrer Mehrzahl der Aussage zu, die Partei, der sie anhängen, bedeute ihnen viel und deren Schicksal sei ihnen nicht gleichgültig. Dagegen finden die Items, die auf den situativen und habituellen Aspekt von Parteipräferenzen (vgl. Gluchowski 1983: 465-473) abzielen, weit weniger Unterstützung. Zweitens hängt die Zustimmung zu den vier Aussagen von der Stärke und der Dauer der Parteibindungen ab. Mit der Intensität und dem Alter wächst die Unterstützung für das Item, den Anhängern liege das Schicksal der Partei am Herzen. Spiegelbildlich dazu sinkt die Zustimmung zu den restlichen drei Items, die eine situative oder habituelle Interpretation der Parteiidentifikation erfassen sollen, mit zunehmender Intensität und Dauer der Parteineigung. Wie theoretisch zu erwarten, lassen also die Stärke und das Alter einer Parteineigung bei den Anhängern in West- und Ostdeutschland das Gefühl wachsen, es handle sich nicht nur um eine relativ oberflächliche Parteipräferenz, sondern eine tief verankerte Bindung. Dabei weisen die im Durchschnitt niedrigeren Korrelationen mit der Dauer der Parteibindung darauf hin, daß der Zeitfaktor allein weniger ausschlaggebend ist als die psychischen Prozesse, die zur Intensivierung der Parteibindung führen. Zusammengenommen sprechen die Selbstausskünfte der Befragte über ihr Verständnis der Parteibindungen

für die Validität sowohl des Konstrukts Parteiidentifikationalen auch seiner Messung.

Tabelle 2: Zustimmung zu vier Interpretationen von Parteiidentifikation* – Mittelwerte und Korrelationen mit der Stärke und der Dauer von Parteibindungen (in Klammern: Fallzahlen)

Grund für PID	West		Ost	
	1994	1998	1994	1998
<i>Mittelwerte</i>				
Partei bedeutet mir viel	3.82 (1347)	3.91 (1493)	4.00 (1167)	3.96 (627)
Partei hat bessere Politiker	3.05 (1328)	2.93 (1446)	3.00 (1128)	3.14 (611)
Habe Partei oft gewählt	2.61 (1318)	2.54 (1442)	2.47 (1124)	2.55 (613)
Partei macht bessere Politik	3.00 (1307)	2.79 (1442)	2.98 (1136)	2.97 (617)
<i>Zusammenhang mit Stärke und Dauer der Parteiidentifikation</i>				
Stärke				
Partei bedeutet mir viel	.38 (1342)	.39 (1485)	.22 (1158)	.43 (624)
Partei hat bessere Politiker	-.07 (1323)	-.10 (1438)	-.13 (1118)	-.11 (608)
Habe Partei oft gewählt	-.26 (1314)	-.27 (1434)	-.07 (1116)	-.25 (610)
Partei macht bessere Politik	-.19 (1302)	-.21 (1434)	-.21 (1126)	-.22 (614)
Dauer				
Partei bedeutet mir viel	.21 (1315)	.19 (1472)	.22 (1154)	.27 (624)
Partei hat bessere Politiker	-.09 (1296)	-.12 (1424)	-.13 (1114)	-.10 (608)
Habe Partei oft gewählt	-.06 (1286)	-.00 (1419)	-.07 (1115)	-.12 (610)
Partei macht bessere Politik	-.20 (1274)	-.19 (1419)	-.21 (1123)	-.30 (613)

* Die Frageformulierung lautet: „Wir möchten in unserer Untersuchung gerne herausfinden, was die Leute meinen, wenn sie sagen, sie neigen einer bestimmten Partei zu oder stehen ihr näher als anderen Parteien. Würden Sie mir bitte anhand dieser Skala sagen, wie stark die hier aufgeführten Meinungen auf Sie zutreffen.“ Die Befragten konnten die folgenden vier Items auf einer fünfstufigen Skala von 1 (stimme überhaupt nicht zu) bis 5 (stimme voll und ganz zu) einordnen. „Mir bedeutet diese Partei sehr viel. Es ist mir nicht gleichgültig, was mit ihr passiert“, „Die Partei an sich bedeutet mir weniger, aber sie hat zur Zeit die besseren Politiker“, „Ich fühle mich dieser Partei nicht besonders verbunden, allerdings habe ich sie in der Vergangenheit oft gewählt“ und „Die Partei an sich bedeutet mir weniger, aber sie macht zur Zeit die bessere Politik“.

Quelle: DFG-Projekt „Politische Einstellungen, politische Partizipation und Wählerverhalten im vereinigten Deutschland“, Querschnittsdaten, gewichtet.

5.1.2 Korrelate von Parteibindungen

Klassischerweise gilt die Parteiidentifikation als eine in der frühen politischen Sozialisation vermittelte Einstellung, die sich im Laufe der Zeit infolge steigender Wahlerfahrung und der häufigen Übereinstimmung mit der betreffenden Partei in politischen Fragen intensiviert. Die aus dieser

Überlegung gespeiste Erwartung, in der Querschnittsbetrachtung nehme mit dem Lebensalter der Anteil der Parteianhänger wie auch die Stärke und die Dauer der Parteibindungen zu, wird von unseren Daten bestenfalls eingeschränkt unterstützt. Betrachten wir die bloße Existenz von Parteibindungen, entspricht das empirische Muster unseren Erwartungen, wenn auch nicht in sehr starker Ausprägung. Besonders bemerkenswert erscheint dabei der positive ostdeutsche Befund, hätte hier doch die relativ kurze Zeit seit der Wiedervereinigung, die zur Herausbildung von Parteibindungen zur Verfügung stand, im Zusammenspiel mit der lebenszyklisch abnehmenden Lernbereitschaft kaum einen spürbaren Zusammenhang erwarten lassen. Die Tatsache, daß er trotzdem auftritt, läßt sich als Indiz für die Existenz von Quasi-Parteibindungen bereits vor der Wiedervereinigung werten. Betrachtet man nur die Parteianhänger, läßt sich zwar der erwartete Anstieg der Dauer der Parteibindung mit dem Lebensalter nachweisen, was wiederum für die Quasi-Parteibindungen spricht; doch weder in West- noch in Ostdeutschland nimmt die Intensität der Parteibindung mit dem Lebensalter zu. Mithin erlaubt die zunehmende Lebenszeit zwar länger währende Parteibindungen, trägt aber kaum etwas zur Stabilisierung der Parteibindung und zur Herausbildung eines in sich geschlossenen Einstellungssystems bei.

Noch weniger Unterstützung findet die Hypothese, intensive Parteiidentifikationen fungierten für den Bürger gewissermaßen als Ersatz für kognitive Ressourcen, um sich in der Politik zu orientieren (siehe Shively 1979). Denn sofern sich überhaupt ein Zusammenhang feststellen läßt, ist dieser positiv. Parteineigungen sind also nicht unter kognitiv schlecht ausgestatteten Bürgern, sondern unter Hochgebildeten besonders weit verbreitet, was übrigens den Ergebnissen der meisten frühen Studien entspricht (vgl. Borre/Katz 1973: 87-88). Folglich scheint eine intensive Parteibindung zwar den Umgang mit der politischen Sphäre zu erleichtern, aber nicht, indem sie kognitive Ressourcen ersetzt, sondern diese ergänzt.

Tabelle 3: Zusammenhang zwischen Stärke und Dauer der Parteiidentifikation mit dem Lebensalter und der formalen Bildung

		West		Ost	
		1994	1998	1994	1998
<i>Anteil der Identifizierer</i>					
Alter	18-24 Jahre	64.0	63.5	58.3	54.3
	25-34 Jahre	72.8	66.8	55.7	55.7
	35-44 Jahre	77.1	71.6	64.3	62.1
	45-59 Jahre	79.5	78.0	65.6	63.5
	60 Jahre u. ä.	76.5	80.4	62.7	67.6
Pearsons r ¹	.08b	.13c	.05a	.09b	
N		1818	2053	1929	1022
<i>Anteil starker Identifizierer²</i>					
Alter	18-24 Jahre	41.3	40.2	51.0	36.4
	25-34 Jahre	30.7	44.4	31.7	36.1
	35-44 Jahre	36.7	47.0	42.9	34.7
	45-59 Jahre	39.1	46.7	40.0	42.4
	60 Jahre u. ä.	38.3	40.2	40.3	39.5
Pearsons r ¹	.03	-.02	.03	.03	
N		1367	1520	1201	635

		West		Ost	
		1994	1998	1994	1998
<i>Anteil dauerhafter Identifizierer³</i>					
Alter	18-24 Jahre	33.3	25.2	8.3	11.4
	25-34 Jahre	52.9	62.8	19.3	30.9
	35-44 Jahre	63.8	75.3	21.8	49.3
	45-59 Jahre	80.6	83.7	24.4	46.1
	60 Jahre u. ä.	89.6	89.1	30.4	52.7
Pearsons		.35c	.32c	.16c	.18c
r ¹					
N		1367	1519	1200	636
<i>Formale Bildung⁴</i>					
Stärke	keine PID	19.7	17.5	14.4	17.8
	schwach	13.0	12.6	20.2	18.4
	mittelmäßig	17.2	23.2	22.4	18.8
	stark	30.5	32.5	19.6	27.6
	sehr stark	27.8	26.4	29.4	18.8
Cramérs V		.14c	.15c	.10c	.09
N		1794	2015	1899	1016
Dauer	keine PID	19.7	17.5	14.4	17.8
	einige Monate	13.3	19.2	20.2	9.3
	ein paar Jahre	26.4	34.9	22.8	21.7
	viele Jahre	22.3	29.7	18.0	23.2
	seit erinnerlich	17.8	16.0	25.5	26.3
Cramérs V		.08a	.17c	.10b	.09
N		1794	2014	1900	1015

¹ Pearsons r ist für die metrische Altersvariable berechnet worden.

² Als starker Identifizierer gilt, wer eine ‚ziemlich starke‘ oder ‚sehr starke‘ Parteiidentifikation angegeben hat.

³ Als dauerhafter Identifizierer gilt, wer angegeben hat, seine Identifikation dauere ‚seit vielen Jahren‘ an oder seit er sich erinnern könne.

⁴ Angegeben ist jeweils der Anteil der Befragten, die mindestens die Fachhochschulreife erlangt haben.

Signifikanzniveau: a: p<0.05, b: p<0.01, c: p<0.001.

Quelle: DFG-Projekt „Politische Einstellungen, politische Partizipation und Wählerverhalten im vereinigten Deutschland“, Querschnittsdaten, gewichtet.

Theoretisch fällt der Parteiidentifikation eine wichtige Rolle bei der Strukturierung der politischen Wahrnehmung einer Person zu: Einesteils sollte eine Parteibindung das politische Geschehen interessant erscheinen lassen, andernteils sollte sie den Blick auf die Politik im Sinne der Identifikationspartei färben. Wie sich dem Zusammenhang zwischen politischem Interesse und politischer Informiertheit einerseits und der Parteiidentifikation andererseits entnehmen läßt (siehe Tabelle 4), findet der erste Teil eine deutliche empirische Bestätigung: Mit dem Vorhandensein einer Parteibindung gehen ein größeres Interesse an Politik und mehr politische Kenntnisse einher, ein Zusammenhang, der mit der Intensivierung der Parteiidentifikation weiter an Stärke gewinnt.³ Parteibindungen lassen augenscheinlich den intrinsischen

³ Diese Zusammenhänge gelten auch unter Kontrolle der formalen Bildung.

Wert der politischen Sphäre für einen Bürger anwachsen und animieren zur Beschäftigung mit der Politik.⁴

Tabelle 4: Zusammenhang zwischen Stärke und Dauer der Parteiidentifikation mit politischem Interesse und politischer Informiertheit

		West		Ost	
		1994	1998	1994	1998
<i>Politisches Interesse¹</i>					
Stärke	keine PID	2.56	2.72	2.69	2.67
	schwach	2.55	2.66	2.71	2.60
	mittelmäßig	2.94	3.08	3.22	3.09
	stark	3.33	3.44	3.44	3.29
	sehr stark	3.66	3.60	3.76	3.83
Cramérs V		.18c	.18c	.18c	.17c
N		1817	2043	1926	1019
Dauer	keine PID	2.56	2.72	2.69	2.67
	einige Monate	2.61	2.80	3.00	3.07
	ein paar Jahre	3.01	3.27	3.25	3.07
	viele Jahre	3.17	3.32	3.54	3.29
	seit Erinnerung	3.03	3.10	3.43	3.44
Cramérs V		.13c	.15c	.14c	.14c
N		1817	2043	1926	1019
<i>Politische Informiertheit²</i>					
Stärke	keine PID		43.3		35.3
	schwach		43.9		22.4
	mittelmäßig		50.4		45.5
	stark		67.2		50.4
	sehr stark		57.3		57.4
Cramérs V			.19c		.16c
N			2054		1020
Dauer	keine PID		43.3		35.3
	einige Monate		49.3		52.7
	ein paar Jahre		63.2		43.9
	viele Jahre		59.2		48.8
	seit Erinnerung		49.4		44.8
Cramérs V			.15c		.12b
N			2054		1020

¹ Angegeben sind die Mittelwerte des politischen Interesses; die Antwortvorgaben reichen von 1: „überhaupt kein politisches Interesse“ bis 5: „sehr stark politisch interessiert“.

² Angegeben ist der Anteil derjenigen, die die Bedeutung von Erst- und Zweitstimme bei Bundestagswahlen korrekt anzugeben wußten.
Signifikanzniveaus: a: $p < 0.05$, b: $p < 0.01$, c: $p < 0.001$.

⁴ Der hier berichtete Zusammenhang könnte die Wirkung der Parteiidentifikation auf das politische Interesse überschätzen, weil eine Parteibindung die soziale Norm, in der Öffentlichkeit politisch interessiert zu erscheinen, intensivieren könnte. Auf eine Bereinigung um diesen möglichen Methodeneffekt können wir an dieser Stelle jedoch verzichten, da er gerade die einstellungsfärbenden Wirkungen einer Parteibindung unterstreicht. Theoretisch ist natürlich auch die umgekehrte Kausalrichtung möglich: Ein höheres politisches Interesse führt über die Jahre zu mehr politischen Kenntnissen und diese wiederum zur Herausbildung von Parteiidentifikationen und mit zunehmender Dauer zu deren Intensivierung.

Quelle: DFG-Projekt „Politische Einstellungen, politische Partizipation und Wählerverhalten im vereinigten Deutschland“, Querschnittsdaten, gewichtet.

Tabelle 5: Beurteilung von Parteien, Kandidaten und der Problemlösungskompetenz der Parteien in Abhängigkeit von Richtung, Stärke und Alter der Parteibindungen¹

		West		Ost	
		1994	1998	1994	1998
<i>Parteisympathien²</i>					
Stärke	CDU/CSU stark	.37	.39	.34	.38
	CDU/CSU schwach	.24	.26	.23	.19
	Unabhängige	-.09	-.11	-.18	-.23
	SPD schwach	-.43	-.40	-.50	-.44
	SPD stark	-.53	-.50	-.62	-.56
Eta		.77c	.75c	.70c	.72c
N		1510	1754	1444	779
Dauer	CDU/CSU lang	.30	.32	.31	.32
	CDU/CSU kurz	.23	.29	.27	.22
	Unabhängige	-.09	-.11	-.19	-.23
	SPD kurz	-.45	-.38	-.53	-.45
	SPD lang	-.47	-.46	-.52	-.52
Eta		.76c	.75c	.70c	.71c
N		1510	1754	1444	779
<i>Kanzlerkandidaten³</i>					
Stärke	CDU/CSU stark	.95	.80	.93	.87
	CDU/CSU schwach	.86	.63	.91	.70
	Unabhängige	.06	-.29	.04	-.31
	SPD schwach	-.63	-.90	-.69	-.86
	SPD stark	-.83	-.92	-.85	-.92
Eta		.77c	.77c	.69c	.71c
N		1466	1734	1472	756
Dauer	CDU/CSU lang	.91	.72	.96	.75
	CDU/CSU kurz	.80	.68	.90	.79
	Unabhängige	.06	-.29	.04	-.31
	SPD kurz	-.70	-.93	-.73	-.89
	SPD lang	-.71	-.91	-.76	-.85
Eta		.76c	.76c	.69c	.71c
N		1466	1734	1472	756
<i>Kompetenzzuweisung⁴</i>					
Stärke	CDU/CSU stark	.76	.74	.74	.74
	CDU/CSU schwach	.61	.57	.65	.50
	Unabhängige	-.06	-.18	-.05	-.28
	SPD schwach	-.61	-.74	-.65	-.64
	SPD stark	-.69	-.85	-.78	-.75
Eta		.74c	.78c	.70c	.68c
N		1315	1513	1280	694
Dauer	CDU/CSU lang	.69	.64	.74	.66
	CDU/CSU kurz	.54	.68	.67	.53
	Unabhängige	-.06	-.18	-.05	-.28
	SPD kurz	-.64	-.76	-.70	-.67

	SPD lang				
Eta		-.64	-.79	-.64	-.68
N		.74c	.78c	.70c	.68c
		1315	1513	1280	694
		West		Ost	
		1994	1998	1994	1998
<i>Issuedistanzen⁵</i>					
Stärke	CDU/CSU stark		.08		.01
	CDU/CSU schwach		.03		-.03
	Unabhängige		-.04		-.08
	SPD schwach		-.11		-.10
	SPD stark		-.15		-.14
Eta			.39c		.22a
N			1447		580
Dauer	CDU/CSU lang		.06		-.02
	CDU/CSU kurz		.04		-.01
	Unabhängige		-.04		-.08
	SPD kurz		-.11		-.12
	SPD lang		-.13		-.09
Eta			.38c		.22a
N			1447		580

¹ Als ‚stark‘ gilt eine Parteibindung, falls der Befragte eine ‚ziemlich‘ oder ‚sehr starke‘ Parteiidentifikation angegeben hat; in die Kategorie ‚schwach‘ fallen Befragte, die entweder keine Angaben zur Intensität ihrer Parteiidentifikation gemacht haben oder diese als ‚sehr schwach‘, ‚ziemlich schwach‘ oder ‚mittelmäßig‘ eingestuft hat. Analog dazu wurde die Dauer der Parteiidentifikation kategorisiert: ‚kurz‘: keine Angabe zur Dauer, ‚einige Wochen‘, ‚einige Monate‘ oder ‚ein paar Jahre‘, ‚lang‘: ‚viele Jahre‘, ‚seit ich mich erinnern kann‘.

² Angegeben ist die Differenz zwischen der Bewertung von CDU/CSU und SPD auf dem Sympathieskalometer. Der Wertebereich reicht von 0 bis 1.

³ Angegeben ist der Wert auf einem Index, der von -1 (Präferenz für den SPD-Kanzlerkandidaten) über 0 (kein Kandidat bevorzugt) bis +1 (Präferenz für den Unions-Kanzlerkandidaten) reicht.

⁴ Eingetragen sind die Werte auf einem Index mit den Ausprägungen -1 (der Befragte schreibt der SPD die Kompetenz zu, die beiden seines Erachtens wichtigsten politischen Probleme zu lösen), -0,5 (einmal SPD, einmal keine oder eine andere Partei als SPD und CDU/CSU genannt), 0 (zweimal keine Partei genannt; zweimal andere Partei als SPD und CDU/CSU genannt; einmal SPD, einmal CDU/CSU genannt), 0,5 (einmal CDU/CSU, einmal keine oder eine andere Partei als SPD und CDU/CSU genannt), 1 (zweimal CDU/CSU genannt).

⁵ Eingetragen ist die Differenz der absoluten Distanz des Befragten zu CDU/CSU auf drei Issues und seiner absoluten Distanz zur SPD. Der Wertebereich erstreckt sich von -1 bis +1. Verwendet wurden folgende Positionen: Ausbau der Kernenergie vs. sofortige Abschaltung aller Kernkraftwerke; Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer erleichtern vs. Zuzugsmöglichkeiten einschränken; europäische Einigung vorantreiben vs. europäische Einigung geht bereits zu weit.

Signifikanzniveaus: a: $p < 0.05$, b: $p < 0.01$, c: $p < 0.001$.

Quelle: DFG-Projekt „Politische Einstellungen, politische Partizipation und Wählerverhalten im vereinigten Deutschland“, Querschnittsdaten, gewichtet.

Die zweite Facette, die parteipolitische Färbung von Einstellungen durch Parteibindungen, lässt sich anhand von Tabelle 5 studieren. Erstens beurteilen die Parteianhänger die Parteien, die Kanzlerkandidaten sowie die Fähigkeit der Parteien, gesellschaftliche Probleme zu lösen, pointierter als bekennende Unabhängige: Anhänger der Unionsparteien sehen diese naturgemäß in günstigem Licht, SPD-Identifizierer favorisieren im Gegenzug sozialdemokratische Kandidaten und Politik, während die parteipolitisch Ungebundenen eine eher neutrale Haltung einnehmen. Zweitens wächst mit der Stärke und dem Alter einer Parteiidentifikation generell deren Kolorie-

rungeffekt: Anhänger, die sich ihrer Partei stark oder lange verbunden fühlen, nehmen das politische Geschehen einseitiger wahr als Personen, die einer Partei nur schwach oder erst seit kurzer Zeit zuneigen. Nicht ganz in dieses Bild überzeugender empirischer Belege für die kognitive Konsistenz erzeugenden Wirkungen von Parteibindungen auf andere politische Einstellungen fügen sich die Befunde zu den Issuedistanzen. Jedoch dürften die eher geringen Unterschiede zwischen den Parteianhängern verschiedener Couleur in erster Linie darauf zurückzuführen sein, daß die verwendeten Sachfragen zum Zeitpunkt der Befragung nicht unbedingt im Zentrum der politischen Auseinandersetzung standen. Alles in allem sprechen unsere Befunde aber eindeutig für eine starke Kolorierungswirkung von Parteibindungen.

Schließlich sollten Parteiidentifikationen das Wahlverhalten beeinflussen, aber gleichzeitig nicht mit diesem identisch, sondern tendenziell von ihm unterscheidbar sein. Die in Tabelle 6 zusammengestellten Befunde erfüllen diese Forderung weitestgehend. Erstens steigert eine Parteiidentifikation merklich die Wahrscheinlichkeit, überhaupt an Wahlen teilzunehmen.⁵ Dies erscheint nur folgerichtig, da eine Parteibindung den subjektiven Wert einer Wahl anwachsen läßt. Zweitens prägt die Parteiidentifikation die Richtung der Wahlentscheidung, determiniert diese aber nicht vollständig: Selbst Bürger, die sich lediglich als schwache Anhänger deklarierten, entschieden sich an der Wahlurne zu rund achtzig Prozent für ihre Identifikationspartei. Diese Wahrscheinlichkeit nimmt mit jedem Schritt hin zu den sehr stark Identifizierten auf beinahe hundert Prozent zu. Drittens stabilisiert eine Parteiidentifikation das Wahlverhalten: Unter Parteianhängern sind Wechselwähler relativ selten zu finden. Hat unter den Unabhängigen mindestens ein Drittel laut eigener, qua Rückerinnerungsfrage erhobener Auskunft⁶ binnen einer Legislaturperiode die Partei gewechselt, so nimmt dieser Anteil in der Regel auf weniger als zehn Prozent unter den sehr intensiven Parteianhängern ab. Viertens beeinflußt die Parteibindung den Zeitpunkt der Stimmentscheidung: Parteianhänger entscheiden sich deutlich früher als Unabhängige, und starke Identifizierer legen sich noch früher fest als schwache Anhänger. Es besteht also ein spürbarer Zusammenhang zwischen der Parteiidentifikation und dem Wahlverhalten, wobei Wahlentscheidung und affektive Parteibindung im Querschnitt nicht identisch zu sein scheinen, sondern offenkundig differieren können.

⁵ Für unsere Fragestellung ist es an dieser Stelle unerheblich, daß die in Umfragen gemessenen Wahlbeteiligungsraten die tatsächlichen deutlich übertreffen. Jedoch könnte die Neigung von Nichtwählern, sich als Wähler auszugeben, von einer Parteibindung gefördert werden, so daß der ausgewiesene Zusammenhang zwischen der Stärke der Parteiidentifikation und der Wahlbeteiligung den tatsächlichen Zusammenhang überzeichnen könnte.

⁶ Die Verwendung der Rückerinnerungsfrage dürfte den Wechsleranteil zu gering ausweisen, aber im Hinblick auf unsere Fragestellung neutral sein, da sich kein deutlicher Verzerrungseffekt von Parteibindungen auf die Selbstauskünfte der Befragten über ihr zurückliegendes Wahlverhalten nachweisen läßt (vgl. Schoen 2000; Falter/Schoen 2000).

Tabelle 6: Zusammenhang zwischen Stärke und Dauer der Parteiidentifikation mit dem Wahlverhalten

		West		Ost	
		1994	1998	1994	1998
<i>Wahlbeteiligung</i>					
Stärke	keine PID	74.6	89.6	70.1	90.2
	schwach	79.0	90.9	74.3	(92.6)
	mittelmäßig	86.3	97.3	87.9	95.5
	stark	93.0	99.4	92.1	99.5
	sehr stark	95.3	98.0	96.5	100
Cramérs V		.18c	.13c	.18c	.18c
N		912	992	948	450
Dauer	keine PID	74.6	89.6	70.1	90.2
	einige Monate	82.6	93.4	79.5	(91.5)
	ein paar Jahre	84.8	98.2	89.1	97.0
	viele Jahre	87.9	97.8	92.6	98.2
	seit erinnerlich	93.8	97.3	93.4	(100)
Cramérs V		.18c	.12c	.17c	.16c
N		912	992	948	450
<i>Wahl der Identifikationspartei²</i>					
Stärke	schwach	84.1	79.5	75.7	(80.8)
	mittelmäßig	88.4	83.5	90.5	80.8
	stark	93.6	91.0	94.3	93.0
	sehr stark	98.6	93.0	97.6	95.9
	Cramérs V		.12c	.13c	.17c
N		1239	1360	1075	571
Dauer	einige Monate	76.2	78.3	82.2	80.0
	ein paar Jahre	87.2	85.1	92.2	85.8
	viele Jahre	92.4	86.9	90.9	86.0
	seit erinnerlich	91.9	89.2	93.6	94.4
	Cramérs V		.13c	.07	.09a
N		1242	1358	1074	570
<i>Wechselwahl</i>					
Stärke	keine PID	34.9	38.6	38.2	56.4
	schwach	25.5	24.1	32.3	(21.7)
	mittelmäßig	13.4	17.4	24.0	26.6
	stark	11.1	11.5	15.3	16.2
	sehr stark	2.9	10.1	6.4	23.3
Cramérs V		.24c	.24c	.22c	.33c
N		1306	1496	1312	694
Dauer	keine PID	34.9	38.6	38.2	56.4
	einige Monate	62.2	39.0	65.5	78.8
	ein paar Jahre	23.2	25.6	19.5	25.1
	viele Jahre	7.8	13.6	11.9	13.7
	seit erinnerlich	8.2	9.4	8.7	11.1
Cramérs V		.35c	.28c	.30c	.43c
N		1305	1497	1312	695

		West		Ost	
		1994	1998	1994	1998
<i>Zeitpunkt der Wahlentscheidung⁴</i>					
Stärke	keine PID		72.5		74.5
	schwach		76.2		(93.8)
	mittelmäßig		84.1		80.1
	stark		91.4		87.6
	sehr stark		96.5		(100)
Cramérs V			.21c		.17a
N			879		445
Dauer	keine PID		72.5		74.5
	einige Monate		(51.6)		(50.0)
	ein paar Jahre		82.2		82.9
	viele Jahre		89.3		92.9
	seit erinnerlich		92.3		(80.8)
Cramérs V			.26c		.26c
N			881		445

¹ Eingetragen ist die Wahrscheinlichkeit der Stimmabgabe. Dazu wurden den Angaben bestimmt (1), wahrscheinlich (0,75), vielleicht (0,5), wahrscheinlich nicht (0,25) und bestimmt nicht (0) zur Wahl Wahrscheinlichkeiten zugeordnet.

² Angegeben ist der Anteil derjenigen Parteianhänger, die bei der Bundestagswahl 1994 bzw. 1998 für diese Partei votiert haben.

³ Angegeben ist der Anteil der Wechselwähler in der jeweiligen Kategorie. Die Stabilität des Wahlverhaltens wurde mit Hilfe eines Vergleichs der Angaben zum aktuellen und zum vier Jahre zurückliegenden Stimmverhalten ermittelt. Dabei gilt als stabil, wer zweimal die gleiche Partei angegeben hat, während als instabil Befragte angesehen werden, die zwei verschiedene Parteien genannt haben, nicht aber einmalige Nichtwähler.

⁴ Eingetragen ist der Anteil der Befragten, die angeben, ihre Wahlentscheidung, ‚lange‘ oder ‚einige Monaten‘ vor der Wahl getroffen zu haben.

Signifikanzniveaus: a: $p < 0.05$, b: $p < 0.01$, c: $p < 0.001$.

Quelle: DFG-Projekt „Politische Einstellungen, politische Partizipation und Wählerverhalten im vereinigten Deutschland“, Querschnittsdaten, gewichtet.

Zusammengenommen sprechen die vorgestellten Ergebnisse bisher eindeutig dafür, daß die in der Bundesrepublik mit der ‚Parteieiger-Frage‘ erhobenen Einstellungen jene Eigenschaften besitzen, die in der Literatur dem Konstrukt der Parteiidentifikation zugeschrieben werden. Erstens verstehen die Befragten unter einer Parteiidentifikation nicht nur ein vorübergehendes positives Gefühl für eine Partei, sondern scheinen in ihr eine relativ tief verankerte psychologische Bindung zu sehen. Zweitens geht mit Parteibindungen größeres politisches Interesse und Wissen einher. Drittens färben Parteiidentifikationen politische Einstellungen im Sinne der Identifikationspartei. Viertens hinterlassen Parteiidentifikationen ihre Spuren im Wahlverhalten: Parteianhänger sind eifrige Wahlteilnehmer, die sich regelmäßig für die gleiche, nämlich ihre Identifikationspartei entscheiden. Nach den Funktionen zu urteilen, die Parteibindungen erfüllen, handelt es sich bei den hier gemessenen Einstellungen demnach eindeutig um die von der Michigan-Schule postulierten Parteibindungen – und zwar sowohl in West- als auch in Ostdeutschland. Lediglich im Hinblick auf die Beziehung zum Lebensalter und der formalen Bildung weichen die Ergebnisse von den Erwartungen ab. Indes erschüttern diese devianten Befunde das Konzept nicht, sondern weisen vor allem auf andere Wege des Erwerbs von Parteiidentifikationen, als sie in der Literatur vorgestellt wurden, was angesichts

des von den USA sehr unterschiedlichen institutionellen und vor allem historischen bundesrepublikanischen Kontexts eigentlich wenig verwunderlich ist.

5.2 Zur Stabilität von Parteibindungen in der Bundesrepublik

Nachdem die Ergebnisse der an den Funktionen von Parteibindungen orientierte Analyse klar für die Validität des Konzepts und seiner Messung sprechen, bleibt im letzten Schritt der Analyse die Stabilität der Parteibindungen zu untersuchen. Dieser Schritt ist von entscheidender Bedeutung, da rein theoretisch die im letzten Abschnitt geprüften korrelativen Hypothesen empirisch bestätigt werden könnten, ohne daß es sich bei der gemessenen Einstellung tatsächlich um eine längerfristig stabile und vom Wahlverhalten eindeutig zu unterscheidende Attitüde handelte. Um dies auszuschließen, ist eine Analyse der Stabilität der Parteiidentifikation auf der Individualebene unabdingbar. Dabei sind drei Aspekte von Belang. Erstens stellt sich die Frage nach der absoluten Stabilität von Parteibindungen. Sollte nämlich die überwiegende Mehrheit der Parteianhänger binnen kurzer Frist ihre Parteineigung ändern, wäre es unangemessen, die erhobenen Attitüden mit dem Attribut ‚langfristig stabil‘ zu versehen. Zweitens ist die relative Stabilität von Bedeutung: In der Konzeption des Ann Arbor-Modells wird großes Gewicht darauf gelegt, die Parteiidentifikation als das stabilste unter den drei Elementen der Michigan-Trias herauszustellen und zu zeigen, daß sie vom Wahlverhalten unterscheidbar und stabiler als dieses selbst sei. Deshalb ist ein Stabilitätsvergleich unerläßlich. Drittens erlaubt es die Stabilitätsanalyse, eine Reihe weiterer korrelativer Hypothesen zu überprüfen. Denn wie intensive und dauerhafte Parteibindungen die einer Parteiidentifikation zugeschriebenen Eigenschaften und Wirkungen stärker ausprägen als schwache und junge Parteiaffinitäten, so sollten auch stabile Loyalitäten deutlicher die Züge des klassischen Parteiidentifikationskonzeptes tragen. Alle drei Facetten werden wir im folgenden beleuchten.

Zur Messung der Stabilität der Parteiidentifikation verwenden wir zwei Verfahren. Erstens ermitteln wir unter allen Parteianhängern den Anteil der Parteiidentifizierer, die zwischen zwei Erhebungszeitpunkten ihre Parteibindung der Richtung nach beibehalten. Zweitens errechnen wir die Korrelation zwischen zwei Befragungszeitpunkten für einen Parteiidentifikations-Index, der die Richtung und Stärke der Parteibindung kombiniert. Dazu haben wir - analog zu der Untergliederung in Tabelle 5 - die Parteiidentifikationsvariable zu einem Kontinuum, das von -2 (starke SPD-Identifizierer) bis +2 (starke CDU/CSU-Identifizierer) reicht, umgeformt. Indem wir die Anhänger aller Parteien außer CDU/CSU und SPD ausblenden, bilden wir die politische Realität in vereinfachter Form ab; dies könnte zu einer tendenziellen Überschätzung der Stabilität führen, da den Anhängern der letzteren Gruppierungen eine relativ geringe Parteitreuhe zugeschrieben wird.

Tabelle 7: Individuelle Stabilität der Parteiidentifikation in Westdeutschland, 1984-1996 (Stabilitätsraten)

	Zahl der verwendeten Wellen											
	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
1984	.96	.94	.93	.92	.92	.91	.90	.89	.88	.88	.87	.86
1985	.97	.95	.94	.94	.93	.91	.91	.90	.89	.89	.88	
1986	.97	.96	.95	.94	.93	.92	.91	.90	.90	.89		
1987	.98	.97	.96	.94	.93	.92	.91	.91	.90			
1988	.98	.96	.95	.94	.93	.92	.91	.91				
1989	.98	.96	.95	.94	.93	.92	.92					
1990	.97	.96	.95	.94	.93	.92						
1991	.98	.96	.95	.94	.93							
1992	.98	.96	.95	.94								
1993	.97	.95	.94									
1994	.97	.96										
1995	.98											

Es wurden nur jene Befragten einbezogen, die an allen 13 Wellen teilgenommen und in allen Fällen eine Parteiidentifikation angegeben haben. Diese gravierende Einschränkung der Befragtenzahl, die mit einer erheblichen Verzerrung der Stichprobenkomposition einhergeht, wurde vorgenommen, um zu gewährleisten, daß die Stabilitätsraten nur von der Länge der Intervalle zwischen den Erhebungszeitpunkten und nicht zusätzlich von der sich wandelnden Zusammensetzung der Respondenten beeinflusst wird. N= 828.

Lesehilfe: Die in der linken Spalte abgetragenen Jahreszahlen bezeichnen die jeweils erste einbezogene Welle des SOEP. Die Werte in der oberen Zeile geben die Zahl der Panelwellen an, die einschließlich der links gekennzeichneten Welle zur Berechnung einer Stabilitätsrate verwendet worden sind. Beispiel: Der Wert 0.96 in der Zelle links oben besagt, daß zwischen 1984 und 1985 96 Prozent der Befragten ihre Parteibindung beibehalten haben; der Wert 0,86 in der Zelle rechts oben besagt, daß zwischen 1984 und 1996 86 Prozent der Befragten ihre Parteibindung beibehalten haben. Quelle: SOEP.

Tabelle 8: Individuelle Stabilität der Parteiidentifikation in Westdeutschland, 1984-1996 (Korrelationen)

	Korrelation zwischen den Wellen ...											
	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995
1985	.81											
1986	.80	.84										
1987	.78	.82	.83									
1988	.78	.82	.82	.85								
1989	.77	.80	.81	.84	.86							
1990	.76	.79	.80	.83	.84	.85						
1991	.75	.79	.78	.81	.82	.83	.85					
1992	.74	.76	.77	.80	.80	.83	.84	.84				
1993	.72	.75	.74	.77	.78	.80	.81	.82	.84			
1994	.71	.75	.75	.77	.77	.80	.82	.81	.84	.84		
1995	.72	.76	.75	.78	.79	.81	.82	.82	.84	.83	.86	
1996	.72	.75	.75	.76	.77	.78	.81	.80	.83	.83	.84	.86

Aus den Gründen, die der Anmerkung zu Tabelle 7 zu entnehmen sind, sind nur Befragte einbezogen, die sich zu allen 13 Erhebungszeitpunkten als Anhänger von CDU/CSU oder SPD oder als Unabhängige zu erkennen gegeben haben. N=2160. Quelle: SOEP.

Die in den Tabellen 7 bis 11 zusammengestellten Resultate sprechen für die Stabilität der Parteiidentifikation. Erstens liegt im westdeutschen SOEP der Anteil der stabilen Parteianhänger zwischen 86 und 98 Prozent, und die

Korrelationen zwischen den Angaben zu zwei Erhebungszeitpunkten bewegen sich zwischen 0,70 und 0,86, wobei erwartungsgemäß mit zunehmender Intervalllänge die Stabilität nachläßt. Wegen der ausgesprochen selektiven Rekrutierung der im SOEP verbliebenen Respondenten erlauben diese Ergebnisse zwar nicht den Schluß auf eine beinahe perfekte Stabilität der Parteiidentifikation, doch gestatten sie es im Gegenzug auch nicht, die Parteibindung als stark fluktuierend zu charakterisieren. Zweitens deuten die Befunde aus den Kurzfristpanels auf eine ausgeprägte Konstanz der Parteiidentifikation binnen einiger Monate hin (siehe Tabelle 10). Relativierend ist lediglich auf einen leicht fallenden Trend von den siebzigern bis in die späten achtziger Jahre hinzuweisen. Für das Vierjahres-Panel aus den neunziger Jahren liegen die Stabilitätsraten etwas unter den Werten aus den beiden vorher betrachteten Quellen (siehe Tabelle 11); angesichts der weitaus geringeren Panelmortalität bzw. der längeren Zeitspanne überrascht dies jedoch wenig. Absolut betrachtet, erscheinen Haltequoten von etwa 70 Prozent über vier Jahre hinweg durchaus respektabel. Für die Validität der Messung wie des Konzepts spricht überdies die – auch im SOEP erkennbare (siehe Tabelle 9) – niedrigere Stabilität in den neuen Bundesländern, die mit unseren theoretischen Erwartungen im Einklang steht. Die Korrelationen zwischen beiden Wellen sind mit etwa 0,5 ebenfalls ansehnlich, doch scheinen sie die Charakterisierung der Parteibindung als langfristig stabil nicht vollständig zu rechtfertigen. Bedenkt man jedoch, daß in die korrelierten Variablen neben der Richtung die Stärke der Parteineigung einfließt, erscheint die bisher – stillschweigend – getroffene Annahme einer perfekten Messung zweifelhaft. Für unsere Frage ist dies wichtig, da bei unterstellter perfekter, aber tatsächlich fehlerbehafteter Messung echter Einstellungswandel mit Meßfehlern konfundiert und die Stabilität methodenbedingt systematisch unterschätzt würde (vgl. etwa Norpoth 1978: 44-48; Green/Palmquist 1990; Green/Schickler 1993). Deshalb haben wir im mittleren Teil von Tabelle 11 etwaige Reliabilitätsdefizite rechnerisch berücksichtigt, was dazu führt, daß die Korrelationen auf 0,68 für die alten und 0,59 für die neuen Länder anwachsen. Diese Werte lassen nun die Parteiidentifikation zwar immer noch nicht als vollständig stabil erscheinen, sie sprechen aber noch deutlicher dagegen, diese als eine stark und erratisch schwankende Einstellung zu betrachten.

Tabelle 9: Individuelle Stabilität der Parteiidentifikation in Ostdeutschland, 1992-1996

	Stabilitätsrate				Korrelation			
	2	3	4	5	1993	1994	1995	1996
1992	.93	.87	.86	.85	.68	.66	.61	.60
1993	.91	.89	.87			.69	.64	.59
1994	.95	.93					.70	.67
1995	.96							.75

Siehe zur Vorgehensweise die Erläuterungen zu den Tabellen 8 und 9. N=387 für Stabilitätsraten; N= 1708 für Korrelationen.
Quelle: SOEP.

Tabelle 10: Individuelle Stabilität der Parteiidentifikation in Westdeutschland in diversen Kurzfristpanels (1. Zeile: Pearsons r, 2. Zeile: Stabilitätsrate)

Studie	Maß	Stabilität Welle 1 – Welle 2	Stabilität Welle 2 – Welle 3	Stabilität Welle 1 – Welle 3	Relia- bilität*	n
1972	r	.84	.86	.80	.91	987
	S	.94	.95	.92		735
1976	r	.85	.87	.84	.88	957
	S	.79	.84	.71		792
1983	r	.73	.86	.73	.87	594
	S	.75	.83	.69		579
1987	r	.74	.76	.66	.85	1247
	S	.77	.80	.67		726
1990	r	.78	.78	.74	.82	1016
	S	.79	.83	.70		865

r= Pearsons r; S=Stabilitätsrate. Siehe zur Vorgehensweise die Erläuterungen zu den Tabellen 7 und 8.

* Die Reliabilität ist nach Heise (1969) berechnet (siehe auch Wiley/Wiley 1970; Markus 1979: 54-64).

Quelle: Kurzfristpanels aus den Bundestagswahlstudien 1972, 1976, 1983, 1987 und 1990.

Tabelle 11: Individuelle Stabilität der Parteiidentifikation zwischen 1994 und 1998 in West- und Ostdeutschland

	West	Ost
Anteil stabiler Parteianhänger ¹	.73	.67
N	473	545
<i>Korrelation (Pearsons r)²</i>		
- ohne Reliabilitätskorrektur	.58	.44
- mit Reliabilitätskorrektur	.68	.59
N	635	768
<i>Stabilitätsvergleich (Pearsons r)³</i>		
- Parteiidentifikation	.71	.67
- Sachfragenorientierung	.62	.62
- Kandidatenorientierung	.57	.59
N	297	230

¹ Angegeben ist der Anteil der Befragten, die 1994 und 1998 eine Identifikation mit der gleichen Partei angaben, an allen Befragten, die zu beiden Zeitpunkten eine Parteibindung angaben.

² Zur Berechnung der korrigierten Stabilitätskoeffizienten wurde für die Reliabilität – gestützt auf die Werte aus Tabelle 10 und weiteren Berechnungen anhand des SOEP – in Westdeutschland ein Wert von 0,85 und für Ostdeutschland von 0,75 verwendet.

³ Für diese Berechnungen wurde keine Reliabilitätskorrektur vorgenommen. Es wurden nur solche Befragte einbezogen, für die alle drei Korrelationen berechnet werden konnten, um zu verhindern, daß Schwankungen in der Fallzahl die substantiellen Ergebnisse beeinflussen.

Quelle: DFG-Projekt „Politische Einstellungen, politische Partizipation und Wählerverhalten im vereinigten Deutschland“, Paneldaten.

Nachdem wir die absolute Stabilität der Parteibindungen analysiert haben, stellt sich nun die Frage nach der relativen Konstanz. Dabei sind – der Argumentation der Michigan-Schule folgend – zwei Facetten zu unterscheiden.

Erstens muß die Parteibindung stabiler sein als Kandidaten- und Sachfragenorientierungen. Zweitens muß sich die Parteiidentifikation vom Wahlverhalten unterscheiden lassen und sich durch eine größere Konstanz als dieses auszeichnen. Nur wenn beide Bedingungen erfüllt sind, kann der theoretisch herausragende Status der Parteiidentifikation als kausal den anderen Einstellungen und der Wahlentscheidung vorgelagerte Einflußgröße als gesichert gelten.

Die Befunde im unteren Teil von Tabelle 11 stützen die Parteiidentifikation in der ersten Hinsicht. Binnen eines Vierjahresintervalls unterliegen Parteibindungen deutlich geringeren Fluktuationen als Einstellungen zu politischen Streitfragen und zum politischen Personal. Angesichts der größeren Variabilität der beiden zuletzt genannten Arten von Einstellungsobjekten überrascht dies nicht sonderlich, doch ändert dies nichts an der systematischen Bedeutung des Ergebnisses für unsere Frage.

Tabelle 12: Vergleich der Stabilität des Wahlverhaltens und der Parteiidentifikation zwischen 1994 und 1998 in West- und Ostdeutschland

Westdeutschland (N=423)

Wahlverhalten	Parteiidentifikation		Gesamt
	stabil	instabil	
stabil	65.5	6.4	71.9
instabil	8.7	19.4	28.1
Gesamt	74.2	25.8	100

Ostdeutschland (N=482)

Wahlverhalten	Parteiidentifikation		Gesamt
	stabil	instabil	
stabil	56.8	4.6	61.4
instabil	12.2	26.3	38.6
Gesamt	69.1	30.9	100

Quelle: DFG-Projekt „Politische Einstellungen, politische Partizipation und Wählerverhalten im vereinigten Deutschland“, Paneldaten.

Die zweite Teilfrage hilft Tabelle 12 zu beantworten (siehe für die Vorgehensweise Butler/Stokes 1969: 40-42; Berger 1977: 504; Thomassen 1976: 70-72). Zunächst erweist sich die Parteiidentifikation bei einem Blick auf die Randverteilungen im Aggregat als etwas stabiler als das Wahlverhalten, so daß dieses von jenem stabilisiert werden könnte. Weitaus interessanter sind die Inhalte der vier Zellen der Kreuztabelle. Erstens bilden die Befragten, die sowohl eine stabile Parteibindung besitzen als auch in ihrem Wahlverhalten konstant sind, in beiden Landesteilen die Modalkategorie. Zweitens kommen unter den stabilen Parteianhängern parteitreue Wähler häufiger vor als Wechselwähler, was die politische Prägekraft der Parteiidentifikation unterstreicht. Drittens kommt die Kombination aus stabiler Parteibindung und Wechselwahl häufiger vor als das Zusammentreffen von Veränderungen der Parteibindung bei stabilem Stimmverhalten. Dieser Befund ist insofern von entscheidender Bedeutung, als er dafür spricht, daß die Parteiidentifikation nicht lediglich die Wahlabsicht widerspiegelt, sondern eine längerfristig stabile Einstellung darstellt. Jedoch ist der Unterschied in Westdeutschland sehr klein, wenn auch in die richtige, d.h. hypothesenkonforme Richtung weisend. Deshalb können wir die Parteiidentifikation zwar in den neuen

Bundesländern als empirisch hinreichend vom Wahlverhalten unterscheidbare Größe auffassen, in den alten Ländern aber nur mit Abstrichen.

Tabelle 13: Eigenschaften von Parteiidentifikationen 1998 in Abhängigkeit von der Stabilität der Parteibindung

	West		Ost	
	stabil	instabil	stabil	instabil
Dauer der Parteibindung	4.26	3.83c	3.66	3.15c
Intensität der Parteibindung	3.54	3.32b	3.55	3.27c
Gründe für Parteiidentifikation				
- Partei bedeutet mir viel	4.12	3.76b	4.21	3.88b
- Partei hat bessere Politiker	2.93	3.27b	3.12	3.30
- Partei oft gewählt	2.45	2.68	2.59	2.51
- Partei macht bessere Politik	2.72	3.04b	2.95	3.20a
Politisches Interesse	3.45	3.12b	3.47	3.14c
Kandidatenorientierungen ¹	0.81	0.82	0.85	0.74
Sachfragenorientierungen ²	0.50	0.47	0.51	0.43
Wahlbeteiligung	98.3	97.0	97.8	95.5
Wahl der Identifikationspartei	91.6	79.2c	87.3	74.4c
Stimmensplitting	13.8	26.5b	25.4	32.1
Wechselwahl	11.0	74.8c	17.7	84.0c
min. N ³	109	311	140	327

¹ Angegeben ist die mittlere Differenz unter starken und schwachen Anhängern von SPD und CDU/CSU. Wertebereich: 0 bis 1.

² Es wurde für Anhänger von SPD und CDU/CSU ermittelt, welchen Parteien sie die Lösung des wichtigsten und des zweitwichtigsten politischen Problems zutrauen. Bei der Codierung wurde analog zu dem in Tabelle 5 vorgestellten Verfahren vorgegangen. Der Wertebereich reicht von 0 bis 1, wobei die obere Grenze die maximalen Unterschiede in der Zuschreibung der Problemlösungskompetenz zwischen den beiden Anhänger-Gruppen markiert.

³ Da die Frage nach der Wahlbeteiligung in der verwendeten Form nur vor der Wahl gestellt wurde, liegen die Fallzahlen hier deutlich niedriger, nämlich (in der obigen Reihenfolge) bei: 61, 175, 90, 176.

Signifikanzniveaus der Differenzen zwischen stabilen und instabilen Parteianhängern: a: $p < 0.05$, b: $p < 0.01$, c: $p < 0.001$.

Quelle: DFG-Projekt „Politische Einstellungen, politische Partizipation und Wählerverhalten im vereinigten Deutschland“, Paneldaten.

In der Stabilitätsanalyse sind wir auf Respondenten gestoßen, die sich sowohl 1994 als auch 1998 zwar zu einer Partei bekannt haben, allerdings zu zwei verschiedenen Parteien. Sind diese Befragten aus theoretischer Perspektive, was die Stabilität der Parteiidentifikationen angeht, auf den ersten Blick unerwünscht, so erlauben sie auf den zweiten Blick einen weiteren, letzten Validierungsschritt. Da stabile Parteianhänger die Eigenschaften des idealtypischen Parteiidentifizierers stärker aufweisen sollten als Menschen mit wechselnden Parteiloyalitäten, erlaubt die Unterscheidung in konstante und wechselnde Parteiidentifizierer eine weitere Prüfung der in Abschnitt 3 entwickelten korrelativen Hypothesen. Die empirischen Befunde bestätigen die darauf gestützten Erwartungen in Tabelle 13 weitgehend. Erstens geben die Respondenten mit einer stabilen Parteiidentifikation im Durchschnitt eine länger währende Bindung an und schreiben dieser auch eine größere Intensität zu. Zweitens betonen Befragte mit stabiler Parteibindung stärker, daß ihnen die Identifikationspartei am Herzen liege, während sie seltener als Personen mit veränderter Parteiloyalität anführen, ihre Parteibindung resultiere aus einem besseren Personal- oder Programmangebot der jeweiligen

Partei. Stabile Parteibindungen werden mithin als tiefer verankert empfunden. Drittens kolorieren stabile Parteibindungen die politische Weltsicht stärker als wechselnde Loyalitäten: Stabil gebundene Bürger sind stärker an Politik interessiert, und unter ihnen sind die Wahrnehmungsunterschiede zwischen Anhängern von SPD und CDU/CSU auch stärker ausgeprägt als unter Personen, die zwischen 1994 und 1998 ihre Parteiloyalität gewechselt haben. Viertens schließlich fällt unter stabil gebundenen Bürgern der Einfluß der Parteibindung auf das politische Verhalten stärker aus als unter Identifikationswechslern: Unterscheiden sich beide Gruppen kaum hinsichtlich der Wahlbeteiligung, so zeichnen sich die stabilen Identifizierer durch eine deutlich größere Parteitreu an der Wahlurne aus. Zusammengenommen stützt damit die Analyse der Korrelate stabiler Parteibindungen die theoretischen Erwartungen und damit die Validität von Messung und Konstrukt (vgl. Falter 1977b).

Die Befunde der Stabilitätsanalyse ergeben insgesamt ein in sich weitgehend stimmiges Bild von der Parteiidentifikation. In diesem Abschnitt hat sich die Parteiidentifikation erstens als eine im Vergleich zu anderen Attitüden stabile, aber zugleich nicht als eine jedem Wandel unzugängliche Einstellung erwiesen. Zweitens ist sie – zumindest in Ostdeutschland – empirisch eindeutig vom Wahlverhalten zu trennen. Drittens unterscheiden sich in ihren Loyalitäten stabile Parteianhänger von instabilen in einer theoretisch höchst plausiblen Weise voneinander. Nicht zuletzt hat sich gezeigt, daß die Instabilität der Parteibindungen zwischen 1994 und 1998 mit der Dauer und der Intensität der Parteiidentifikation abnimmt. Dieses Resultat vermittelt den Eindruck, daß ein Wechsel der Parteiidentifikation am Ende eines längeren Prozesses steht: Infolge neuer politischer Informationen schwächt sich die etablierte Bindung an eine Partei zusehends ab, ehe sich langsam eine neue Identifikation mit einer anderen Gruppierung entwickeln kann (siehe etwa Kaltefleiter 1973: 138). Damit entsprechen die Parteibindungen in der Bundesrepublik weitgehend dem Konzept, das die Michigan-Schule formuliert hat.

6. Schlußbemerkungen

Der vorliegende Aufsatz verfolgt das Ziel, die Verwendbarkeit des Konzepts der Parteiidentifikation für die Bundesrepublik empirisch zu überprüfen. Alle Befunde zusammengenommen, kann dieser Validierungsversuch wohl weitgehend als geglückt angesehen werden. Erstens geben die Respondenten mehrheitlich an, ihre Parteibindungen seien nicht nur schwach und währten mindestens ein paar Jahre. Auch sehen sie selbst die Parteiidentifikation als relativ fest verankerte Einstellung. Zweitens sprechen die Ergebnisse der Analyse von Korrelaten von Parteibindungen für die Validität des Konzepts. Denn Parteibindungen färben politische Einstellungen und beeinflussen das politische Verhalten, ohne dieses indes vollständig zu determinieren. Drittens hat sich die Parteiidentifikation zwar nicht als in der Vierjahresfrist vollkommen stabile Einstellung erwiesen. Aber im Vergleich zu anderen Attitüden zeichnet sie sich durch ein hohes Maß an Konstanz aus, weshalb es gerechtfertigt erscheint, der Parteiidentifikation innerhalb des Michigan-Modells eine kausal prioritäre Position einzuräumen. Einzig der Vergleich mit dem Wahlverhalten spricht im Westen der Bundesrepublik nicht eindeutig für die Validität des Konstrukts und seiner Messung, wiewohl der festgestellte Unterschied in die theoretisch "richtige" Richtung

weist. Aus der Ferne betrachtet ähnelt das Mosaik, das wir aus unseren zahlreichen Befunden zusammengesetzt haben, folglich beinahe perfekt dem Idealbild der Parteiidentifikation; bei genauerer Inspektion wird jedoch eine kleine, aber nicht unwesentliche Unstimmigkeit erkennbar. Deshalb werfen wir das Konzept ‚Parteiidentifikation‘ am Ende unserer Analysen zwar nicht, doch können wir es für die alten Bundesländer nicht als vollständig validiert, d.h. über jeden vernünftigen Zweifel erhaben, betrachten.

Zusammengefaßt spricht dieses Ergebnis dafür, daß sich die bundesdeutsche Wahlforschung nicht auf einem Holzweg befindet, wenn sie die Parteiidentifikation und das darauf gestützte Michigan-Modell als Standardinstrument für Wahlanalysen verwendet. Darüber hinaus sichert unsere Untersuchung – mit den angeführten Einschränkungen – auch die substantiellen Befunde ab, die mit Hilfe dieser Analysetechnik gewonnen werden. Dementsprechend erscheinen auch die eingangs skizzierten *Dealignment*-Diagnosen nicht als haltlose Spekulationen, sondern als empirische Befunde, die auf einem weitgehend valide gemessenen und sinnvoll anwendbaren Konstrukt beruhen. Daher darf auch die daraus abgeleitete Folgerung, es sei auf seiten der Bürger wie auf seiten der politischen Eliten von einer zunehmenden Betonung kurzfristiger Überlegungen und Einflüsse auszugehen, als abgesichert gelten. Indes kann diese Erkenntnis weder die Frage beantworten, wie diese Entwicklung zu bewerten sei, noch die längerfristigen Folgen eines *Dealignment* auf die Politik angeben.

Unsere Analyse hat einige Fragen zu beantworten vermocht, doch zugleich hat sie auf Probleme hingewiesen, der sich die künftige Forschung widmen sollte. Erstens konnten wir die Genese und Entwicklung von Parteibindungen nicht exakt verfolgen, da für diese Zwecke eine auf vier Jahre angelegte Wiederholungsbefragung zu kurz greift; überdies wäre ein anderer Personenkreis zu befragen. Für diese Zwecke bieten sich längerfristig angelegte Paneluntersuchungen mit Teilnehmern an, die bereits im Kindesalter erstmals befragt werden. Zweitens erlaubt das hier verwendete Vierjahrespanel zwar generell, die relative Stabilität von Parteiidentifikation und Wahlverhalten zu analysieren, doch muß es – da nur zwei Wellen umfassend – die Frage nach der kausalen Abfolge offen lassen. Antworten auf diese Frage ermöglicht erst eine Wiederholungsbefragung, die mindestens zwei Legislaturperioden umspannt. Eine solche hoffen wir im Jahre 2002 im Rahmen des genannten DFG-Projekts durchführen zu können. Als dritter Ansatzpunkt für weitere Analysen könnte schließlich das überraschende Ergebnis dienen, daß auf der Grundlage der hier verwendeten Daten zwar Parteibindung und Wahlverhalten in den neuen Bundesländern, möglicherweise aber nicht in den alten auseinanderzuhalten sind. Um auszuschließen, daß es sich dabei um ein Zufallsergebnis handelt, sind Replikationen anhand anderer Datensätze notwendig.

Literatur

- Abramson, Paul R., 1979: Developing Party Identification: A Further Examination of Life-Cycle, Generational, and Period Effects, in: *American Journal of Political Science* 23, 78-100.
- Abramson, Paul R./Ostrom, Charles W., Jr., 1991: Macropartisanship: An Empirical Reassessment, in: *American Political Science Review* 85, 181-192.
- Abramson, Paul R./Ostrom, Charles W., Jr., 1992: Question-Wording and Macropartisanship: Response, in: *American Political Science Review* 86, 481-486.

- Abramson, Paul R./Ostrom, Charles W., Jr., 1994: Question-Wording and Partisanship, in: *Public Opinion Quarterly* 58, 21-48.
- Achen, Christopher H., 1992: Social Psychology, Demographic Variables, and Linear Regression: Breaking the Iron Triangle in Voting Research, in: *Political Behavior* 14, 195-212.
- Allsop, Dee/Weisberg, Herbert F., 1988: Measuring Change in Party Identification in an Election Campaign, in: *American Journal of Political Science* 32, 996-1017.
- Bartels, Larry M., 2000: Partisanship and Voting Behavior, 1952-1996, in: *American Journal of Political Science* 44, 35-50.
- Beck, Paul Allen, 1979: The Electoral Cycle and Patterns of American Politics, in: *British Journal of Political Science* 9, 129-156.
- Belknap, George/Campbell, Angus, 1952: Political Party Identification and Attitudes Towards Foreign Policy, in: *Public Opinion Quarterly* 15, 601-623.
- Berger, Manfred, 1973: Parteidentifikation in der Bundesrepublik, in: *Politische Vierteljahresschrift* 14, 215-225.
- Berger, Manfred, 1977: Stabilität und Intensität von Parteineigungen, in: *Politische Vierteljahresschrift* 18, 501-509.
- Bluck, Carsten/Kreikenbom, Henry, 1991: Die Wähler in der DDR: Nur issueorientiert oder auch parteigebunden?, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 22, 495-502.
- Bluck, Carsten/Kreikenbom, Henry, 1993: Quasiparteibindung und Issues, in: *Gabriel, Oscar W./Troitzsch, Klaus G. (Hrsg.), Wahlen in Zeiten des Umbruchs, Frankfurt/Main*, 455-470.
- Borre, Ole/Katz, Daniel, 1973: Party Identification and its Motivational Base in a Multiparty System: A Study of the Danish General Election of 1971, in: *Scandinavian Political Studies* 8, 69-111.
- Box-Steffensmeier, Janet M./Smith, Renée M., 1996: The Dynamics of Aggregate Partisanship, in: *American Political Science Review* 90, 567-580.
- Brody, Richard A./Rothenberg, Lawrence S., 1988: The Instability of Partisanship: An Analysis of the 1980 Presidential Election, in: *British Journal of Political Science* 18, 445-465.
- Budge, Ian/Crewe, Ivor/Farlie, Dennis, 1976: Introduction, in: *Budge, Ian/Crewe, Ivor/Farlie, Dennis, (Hrsg.), Party Identification and Beyond, London u.a.: John Wiley & Sons*, 3-20.
- Burnham, Walter Dean, 1970: *Critical Elections and the Mainsprings of American Politics*, New York: Norton and Company.
- Butler, David E./Stokes, Donald E., 1969: *Political Change in Britain*, London: Macmillan.
- Cain, Bruce E./Ferejohn, John, 1981: Party Identification in the United States and Great Britain, in: *Comparative Political Studies* 14, 31-47.
- Campbell, Angus/Miller, Warren E., 1957: The Motivational Basis of Straight and Split Ticket Voting, in: *American Political Science Review* 51, 293-312.
- Campbell, Angus/Valen, Henry, 1961: Party Identification in Norway and the United States, in: *Public Opinion Quarterly* 25, 505-525.
- Campbell, Angus/Gurin, Gerald/Miller, Warren E., 1954: *The Voter Decides*, Evanston, Ill.: Row, Peterson.
- Campbell, Angus/Converse, Philip E./Miller, Warren E./Stokes, Donald E., 1960: *The American Voter*, New York: John Wiley.
- Carmines, Edward G./McIver, John P./Stimson, James A., 1987: Unrealized Partisanship: A Theory of Dealignment, in: *Journal of Politics* 49, 376-400.
- Claggett, William, 1981: Partisan Acquisition Versus Partisan Intensity, in: *American Journal of Political Science* 25, 193-214.
- Converse, Philip E., 1966: The Concept of a Normal Vote, in: *Angus Campbell/Philip E. Converse/Warren E. Miller/Donald E. Stokes, Elections and the Political Order*, New York: John Wiley, 9-39.
- Converse, Philip E., 1969: Of Time and Partisan Stability, in: *Comparative Political Studies* 2, 139-171.
- Converse, Philip E., 1976: *The Dynamics of Party Support*, Beverly Hills: Sage.
- Converse, Philip E./Dupeux, George, 1962: Politicization of the Electorate in France and the United States, in: *Public Opinion Quarterly* 26: 1-23.
- Converse, Philip E./Markus, Gregory B., 1979: Plus ça Change...: The new CPS Election Study Panel, in: *American Political Science Review* 73, 32-49.
- Converse, Philip E./Pierce, Roy, 1987: Measuring Partisanship, in: *Political Methodology* 11: 143-166.

- Dalton, Russell J./Rohrschneider, Robert, 1990: Wählerwandel und die Abschwächung der Parteieigungen von 1972 bis 1987, in: Klingemann, Hans-Dieter/Kaase, Max (Hrsg.), Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1990, Opladen: Westdeutscher Verlag, 301-324.
- Dalton, Russell J./Beck, Paul Allen/Flanagan, Scott C. (Hrsg.), 1984: Electoral Change in Advanced Industrial Democracies: Realignment or Dealignment?, Princeton: Princeton University Press.
- Elkins, David J., 1978: Party Identification: A Conceptual Analysis, in: Canadian Journal of Political Science 11, 419-435.
- Falter, Jürgen W., 1977a: Einmal mehr: Läßt sich das Konzept der Parteiidentifikation auf deutsche Verhältnisse übertragen?, in: Politische Vierteljahresschrift 18, 476-500.
- Falter, Jürgen W., 1977b: Zur Validierung theoretischer Konstrukte. Wissenschaftstheoretische Aspekte des Validierungskonzepts. In: Zeitschrift für Soziologie, Heft 4, S. 349-369.
- Falter, Jürgen W., 1984: Zur Übertragbarkeit des Konzepts der Parteiidentifikation auf deutsche Verhältnisse, in: Holler, Manfred J. (Hrsg.), Wahlanalyse - Hypothesen, Methoden und Ergebnisse, München: tuduv, 13-34.
- Falter, Jürgen W./Rattinger, Hans, 1982: Parties, Candidates and Issues in the German Federal Election of 1980: An Application of Normal Vote Analysis, in: Electoral Studies 1, 65-94.
- Falter, Jürgen W./Rattinger, Hans, 1983: Parteien, Kandidaten und politische Streitfragen bei der Bundestagswahl 1980: Möglichkeiten und Grenzen der Normal-Vote-Analyse, in: Kaase, Max/Klingemann, Hans-Dieter (Hrsg.), Wahlen und politisches System, Opladen: Westdeutscher Verlag, 320-421.
- Falter, Jürgen W./Rattinger, Hans, 1986: Die Bundestagswahl 1983: Eine Normalwahlanalyse, in: Klingemann, Hans-Dieter/Kaase, Max (Hrsg.), Wahlen und politischer Prozeß. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1983, Opladen: Westdeutscher Verlag, 289-337.
- Falter, Jürgen W./Schoen, Harald, 2000: Wechselwähler in Deutschland: Wählerelite oder politischer Flugsand?, in: Niedermayer, Oskar/Westle, Bettina (Hrsg.), Demokratie und Partizipation. Festschrift für Max Kaase, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 13-33.
- Falter, Jürgen W./Trommsdorff, Volker, 1972: Psychische und soziale Determinanten des politischen Verhaltens im Saarland, Saarbrücken 1972 (Arbeitspapiere des Instituts für Konsum- und Verhaltensforschung an der Universität des Saarlandes, Band 12).
- Feldman, Stanley/Zuckerman, Alan S., 1982: Partisan Attitudes and the Vote, in: Comparative Political Studies 15, 197-222.
- Fiorina, Morris P., 1981: Retrospective Voting in American National Elections, New Haven: Yale University Press.
- Franklin, Charles H., 1984: Issue Preferences, Socialization, and the Evolution of Party Identification, in: American Journal of Political Science 28, 459-478.
- Franklin, Charles H., 1992: Measurement and the Dynamics of Party Identification, in: Political Behavior 14: 297-309.
- Franklin, Charles H./Jackson, John E., 1983: The Dynamics of Party Identification, in: American Political Science Review 77, 957-973.
- Gabriel, Oscar W., 1997: Parteiidentifikation, Kandidaten und politische Sachfragen als Bestimmungsfaktoren des Parteienwettbewerbs, in: Gabriel, Oscar W./Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard (Hrsg.), Parteiendemokratie in Deutschland, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 233-254.
- Gabriel, Oscar W./Vetter, Angelika, 1998: Bundestagswahlen als Kanzlerwahlen? Kandidatenorientierungen und Wahlentscheidungen im parteienstaatlichen Parlamentarismus, in: Kaase, Max/Klingemann, Hans-Dieter (Hrsg.), Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1994, Opladen: Westdeutscher Verlag, 505-536.
- Gehring, Uwe W./Winkler, Jürgen R., 1997: Parteiidentifikation, Kandidaten- und Issueorientierungen als Determinanten des Wahlverhaltens in Ost- und Westdeutschland, in: Gabriel, Oscar W. (Hrsg.), Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland, Opladen: Leske und Budrich, 473-506.
- Gerber, Alan/Green, Donald P., 1998: Rational Learning and Partisan Attitudes, in: American Journal of Political Science 42, 794-818.
- Gluchowski, Peter, 1978: Parteiidentifikation im politischen System der Bundesrepublik Deutschland, in: Oberndörfer, Dieter (Hrsg.), Wählerverhalten in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin: Duncker und Humblot, 265-323.

- Gluchowski, Peter, 1983: Wahlerfahrung und Parteiidentifikation. Zur Einbindung von Wählern in das Parteiensystem der Bundesrepublik, in: Kaase, Max/Klingemann, Hans-Dieter (Hrsg.), Wahlen und politisches System. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1980, Opladen: Westdeutscher Verlag, 442-477.
- Goldberg, Arthur S., 1966: Discerning a Causal Pattern Among Data on Voting Behavior, in: American Political Science Review 60, 913-922.
- Goldberg, Arthur S., 1969: Social Determinism and Rationality as a Basis of Party Identification, in: American Political Science Review 63, 5-25.
- Green, Donald Philip/Palmquist, Bradley, 1990: Of Artifacts and Partisan Instability, in: American Journal of Political Science 34, 872-902.
- Green, Donald Philip/Schickler, Eric, 1993: Multiple-Measure Assessment of Party Identification, in: Public Opinion Quarterly 57, 503-535.
- Green, Donald/Palmquist, Bradley/Schickler, Eric, 1998: Macropartisanship: A Replication and Critique, in: American Political Science Review 92, 883-899.
- Greene, Steven, 1999: Understanding Party Identification: A Social Identity Approach, in: Political Psychology 20, 393-403.
- Heise, David R., 1969: Separating Reliability and Stability in Test-Retest Correlation, in: American Sociological Review 34, 93-101.
- Inglehart, Ronald/Hochstein, Avraham, 1972: Alignment and Dealignment of the Electorate in France and the United States, in: Comparative Political Studies 5, 343-372.
- Jackson, John E., 1975, Issues, Party Choice, and Presidential Voting, in: American Journal of Political Science 19, 161-186.
- Jagodzinski, Wolfgang/Kühnel, Steffen M., 1990: Zur Schätzung der relativen Effekte von Issueorientierungen, Kandidatenpräferenz und langfristiger Parteibindung auf die Wahlabsicht, in: Schmitt, Karl (Hrsg.), Wahlen, Parteieliten, politische Einstellungen, Frankfurt/Main: Peter Lang, 5-61.
- Jennings, M. Kent/Markus, Gregory B., 1984: Partisan Orientations over the Long Haul: Results From the Three-Wave Political Socialization Panel Study, in: American Political Science Review 78, 1000-1018.
- Jennings, M. Kent/Niemi, Richard G., 1968: The Transmission of Political Values between Parent and Child, in: American Political Science Review 62, 169-184.
- Jenson, Jane, 1975: Party Loyalty in Canada: The Question of Party Identification, in: Canadian Journal of Political Science 8, 543-553.
- Jenson, Jane, 1978: Comment: The Filling of Wine Bottles Is Not Easy, in: Canadian Journal of Political Science 11, 437-446.
- Kaase, Max, 1970: Determinanten des Wahlverhaltens bei der Bundestagswahl 1969, in: Politische Vierteljahresschrift 11, 46-110.
- Kaase, Max, 1976: Party Identification and Voting Behaviour in the West German Election of 1969, in: Budge, Ian/Crewe, Ivor/Farlie, Dennis (Hrsg.), Party Identification and Beyond. Representations of Voting and Party Competition, London u.a.: John Wiley and Sons, 81-102.
- Kaltefleiter, Werner, 1973: Zwischen Konsens und Krise. Eine Analyse der Bundestagswahl 1972 (=Verfassung und Verfassungswirklichkeit, Bd. 7, Teil 1), Köln u.a. Carl Heymanns Verlag.
- Katz, Richard S., 1979: The Dimensionality of Party Identification, in: Comparative Politics 11, 147-163.
- Keith, Bruce E./Magleby, David B./Nelson, Candice J./Orr, Elizabeth/Westyle, Mark C./Wolfinger, Raymond E., 1992: The Myth of the Independent Voter, Berkeley.
- Kennedy, Patrick J./Rice, Tom W., 1988: The Evaporating Independents, in: Public Opinion Quarterly 52, 231-239.
- Key, Vladimer O., 1955: A Theory of Critical Elections, in: Journal of Politics 17, 3-18.
- Key, Vladimer O., 1959: Secular Realignment and the Party System, in: Journal of Politics 21, 198-210.
- Key, Vladimer O./Munger, Frank, 1959: Social Determinism and Electoral Decision: the Case of Indiana, in: Burdick, Eugene/Brodbeck, Arthur J. (Hrsg.), American Voting Behavior, New York: The Free Press, 281-299.
- Klingemann, Hans-Dieter/Wattenberg, Martin P., 1990: Zerfall und Entwicklung von Parteiensystemen: Ein Vergleich der Vorstellungsbilder von den politischen Parteien in den Vereinigten Staaten von Amerika und der Bundesrepublik Deutschland, in: Klingemann,

- Hans-Dieter/Kaase, Max* (Hrsg.), *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1990*, Opladen: Westdeutscher Verlag, 325-344.
- Klingemann, Hans-Dieter/Wattenberg, Martin P.*, 1992: Decaying Versus Developing Party Systems: A Comparison of Party Images in the United States and West Germany, in: *British Journal of Political Science* 22, 131-149.
- Knight, Kathleen*, 1984: The Dimensionality of Partisan and Ideological Affect, in: *American Politics Quarterly* 12, 305-334.
- Küchler, Manfred*, 1985: Ökonomische Kompetenzurteile und individuelles politisches Verhalten: Empirische Ergebnisse am Beispiel der Bundestagswahl 1983, in: *Oberndörfer, Dieter/Rattinger, Hans/Schmitt, Karl* (Hrsg.), *Wirtschaftlicher Wandel, religiöser Wandel und Wertwandel*, Berlin, 157-182.
- Lazarsfeld, Paul F./Berelson, Bernard/Gaudet, Hazel*, 1944: *The People's Choice*, New York: Columbia University Press.
- Luskin, Robert C./McIver, John P./Carmines, Edward G.*, 1989: Issues and the Transmission of Partisanship, in: *American Journal of Political Science* 33, 440-458.
- MacKuen, Michael B./Erikson, Robert S./Stimson, James A.*, 1989: Macropartisanship, in: *American Political Science Review* 83, 1125-1142.
- MacKuen, Michael B./Erikson, Robert S./Stimson, James A.*, 1992: Question-Wording and Macropartisanship, in: *American Political Science Review* 86, 475-481.
- Markus, Gregory B.*, 1979: *Analyzing Panel Data*, Beverly Hills: Sage.
- Markus, Gregory B./Converse, Philip E.*, 1979: A Dynamic Simultaneous Equation Model of Electoral Choice, in: *American Political Science Review* 73, 1055-1070.
- Mattei, Franco/Niemi, Richard G.*, 1991: Unrealized Partisans, Realized Independents, and the Intergenerational Transmission of Partisan Identification, in: *Journal of Politics* 53, 161-174.
- McAllister, Ian/Wattenberg, Martin P.*, 1995: Measuring Levels of Party Identification, in: *Public Opinion Quarterly* 59, 259-268.
- Meier, Kenneth J.*, 1975: Party Identification and Vote Choice: The Causal Relationship, in: *Western Political Quarterly* 28: 496-505.
- Miller, Arthur H./Wattenberg, Martin P.*, 1983: Measuring Party Identification: Independent or No Partisan Preference?, in: *American Journal of Political Science* 27, 106-121.
- Miller, Warren E.*, 1976: The Cross-National Use of Party Identification as a Stimulus to Political Inquiry, in: *Budge, Ian/Crewe, Ivor/Farlie, Dennis* (Hrsg.), *Party Identification and Beyond. Representations of Voting and Party Competition*, London u.a.: John Wiley and Sons, 21-31.
- Miller, Warren E.*, 1991: Party Identification, Realignment, and Party Voting: Back to the Basics, in: *American Political Science Review* 85, 557-568.
- Miller, Warren E./Shanks, J. Merrill*, 1996: *The New American Voter*, Cambridge/MA: Harvard University Press.
- Mughan, A.*, 1981: The Cross-National Validity of Party Identification: Great Britain and the United States Compared, in: *Political Studies* 29, 365-375.
- Nie, Norman H./Verba, Sidney/Petrocik, John R.*, 1976: *The Changing American Voter*, Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Niemi, Richard G./Jennings, M. Kent*, 1991: Issues and Inheritance in the Formation of Party Identification, in: *American Journal of Political Science* 35, 970-988.
- Niemi, Richard G./Wright, Stephen/Powell, Lynda W.*, 1987: Multiple Party Identifiers and the Measurement of Party Identification, in: *Journal of Politics* 49, 1093-1103.
- Norpoth, Helmut*, 1978: Party Identification in West Germany: Tracing an Elusive Concept, in: *Comparative Political Studies* 11, 36-61.
- Norpoth, Helmut*, 1983: The Making of a More Partisan Electorate in West Germany, in: *British Journal of Political Science* 14, 53-71.
- Norpoth, Helmut/Rusk, Jerrold G.*, 1982: Partisan Dealignment in the American Electorate: Itemizing the Deductions since 1964, in: *American Political Science Review* 76, 522-537.
- Page, Benjamin I./Jones, Calvin C.*, 1979: Reciprocal Effects of Policy Preferences, Party Loyalties, and the Vote, in: *American Political Science Review* 73, 1071-1089.
- Pappi, Franz Urban*, 1973: Parteiensystem und Sozialstruktur in der Bundesrepublik, in: *Politische Vierteljahresschrift* 14, 191-213.
- Petrocik, John R.*, 1974: An Analysis of Intransitivities in the Index of Party Identification, in: *Political Methodology* 1, 31-47.
- Pomper, Gerald*, 1967: Classification of Presidential Elections, in: *Journal of Politics* 29, 535-566.

- Przeworski, Adam/Teune, Henry, 1970: *The Logic of Comparative Social Inquiry*, New York: Wiley-Interscience.
- Radtke, Günther D., 1972: Gibt es in der Bundesrepublik eine Parteiidentifikation?, in: *Jahrbuch für Verfassung und Verfassungswirklichkeit*, Band 6, Teil 2, Köln, 68-91.
- Rattinger, Hans, 1994a: Parteieinigungen, Sachfragen- und Kandidatenorientierungen in Ost- und Westdeutschland 1990-1992, in: *Rattinger, Hans/Gabriel, Oscar W/ Jagodzinski, Wolfgang* (Hrsg.), *Wahlen und politische Einstellungen im vereinigten Deutschland*, Frankfurt/Main: Peter Lang, 267-315.
- Rattinger, Hans, 1994b: Parteiidentifikationen in Ost- und Westdeutschland nach der Vereinigung, in: *Niedermayer, Oskar/von Beyme, Klaus* (Hrsg.), *Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland*, Berlin: Akademie Verlag, 77-104.
- Rattinger, Hans, 1995: Parteieinigungen in Ostdeutschland vor und nach der Wende, in: *Bertram, Hans* (Hrsg.), *Ostdeutschland im Wandel: Lebensverhältnisse - politische Einstellungen*, Opladen: Leske und Budrich, 231-253.
- Rattinger, Hans, 1998: Normalwahlanalysen monatlicher Parteipräferenzen in Westdeutschland von 1978 bis 1994, in: *Kaase, Max/Klingemann, Hans-Dieter* (Hrsg.), *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1994*, Opladen: Westdeutscher Verlag, 357-390.
- Rattinger, Hans/Falter, Jürgen W., 1984: Normal Vote Analysis: A Methodological Note, in: *European Journal of Political Research* 12, 277-288.
- Rice, Tom W./Hilton, Tracey A., 1996: Partisanship Over Time: A Comparison of United States Panel Data, in: *Political Research Quarterly* 49, 191-201.
- Richardson, Bradley M., 1991: European Party Loyalties Revisited, in: *American Political Science Review* 85, 751-775.
- Rose, Richard/Mishler, William, 1998: Negative and Positive Party Identification in Post-Communist Countries, in: *Electoral Studies* 17, 217-234.
- Rossi, Peter H., 1959: Four Landmarks in Voting Research, in: *Burdick, Eugene/Brodbeck, Arthur J.* (Hrsg.), *American Voting Behavior*, New York: The Free Press, 5-54.
- Roth, Dieter, 1990: Die Wahlen zur Volkskammer in der DDR: Der Versuch einer Erklärung, in: *Politische Vierteljahresschrift* 31, 369-393.
- Schickler, Eric/Green, Donald Philip, 1997: The Stability of Party Identification in Western Democracies, in: *Comparative Political Studies* 30, 450-483.
- Schleth, Uwe/Weede, Erich, 1971: Causal Models on West-German Voting Behavior, in: *Sozialwissenschaftliches Jahrbuch für Politik* 2, 73-97.
- Schmitt, Hermann, 1992: So dicht war die Mauer nicht! Parteibindungen im Osten Deutschlands, in: *Eisenmann, Peter/Hirscher, Gerhard* (Hrsg.), *Die Entwicklung der Volksparteien im vereinten Deutschland*, München: Verlag Bonn aktuell, 229-253.
- Schmitt, Hermann/Holmberg, Sören, 1995: Political Parties in Decline?, in: *Klingemann, Hans-Dieter/Fuchs, Dieter* (Hrsg.), *Citizens and the State*, Oxford: Oxford University Press, 95-133.
- Schoen, Harald, 2000: Den Wechselwählern auf der Spur: Recall- und Paneldaten im Vergleich, in: *Van Deth, Jan/Rattinger, Hans/Roller, Edeltraud* (Hrsg.): *Die Republik auf dem Weg zur Normalität? Wahlverhalten und politische Einstellungen nach acht Jahren Einheit*. Opladen: Leske und Budrich (im Erscheinen).
- Sears, David O./Funk, Carolyn L., 1999: Evidence of the Long-Term Persistence of Adults' Political Predispositions, in: *Journal of Politics* 61, 1-28.
- Shively, W. Phillips, 1972: Party Identification, Party Choice, and Voting Stability: The Weimar Case, in: *American Political Science Review* 66, 1203-1225.
- Shively, W. Phillips, 1979: The Development of Party Identification among Adults: Exploration of a Functional Model, in: *American Political Science Review* 73, 1039-1054.
- Sniderman, Paul M./Forbes, H.D./Melzer, Ian, 1974: Party Loyalty and Electoral Volatility: A Study of the Canadian Party System, in: *Canadian Journal of Political Science* 7, 268-288.
- Stewart, Marianne C./Clarke, Harold D., 1998: The Dynamics of Party Identification in Federal Systems: The Canadian Case, in: *American Journal of Political Science* 42, 97-116.
- Thomassen, Jacques, 1976: Party Identification as a Cross-National Concept: Ist Meaning in the Netherlands. in: *Budge, Ian/Crewe, Ivor/Farlie, Dennis* (Hrsg.), *Party Identification and Beyond. Representations of Voting and Party Competition*, London u.a.: John Wiley and Sons, 63-79.
- Valentine, David C./Van Wingen, John R., 1980: Partisanship, Independence, and the Partisan Identification Question, in: *American Politics Quarterly* 8, 165-186.

- Wattenberg, Martin P.*, 1996: *The Decline of American Political Parties: 1952-1994*, Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Weisberg, Herbert F.*, 1980: A Multidimensional Conceptualization of Party Identification, in: *Political Behavior* 2, 33-60.
- Weisberg, Herbert F./Smith, Charles E., Jr.*, 1991: The Influence of the Economy on Party Identification in the Reagan Years, in: *Journal of Politics* 53, 1077-1092.
- Westholm, Anders/Niemi, Richard G.*, 1992: Political Institutions and Political Socialization, in: *Comparative Politics* 24, 25-41.
- Whiteley, Paul F.*, 1988: The Causal Relationships between Issues, Candidate Evaluations, Party Identification, and Vote Choice - the View From 'Rolling Thunder', in: *Journal of Politics* 50, 961-984.
- Wiley, David E./Wiley, James A.*, 1970: The Estimation of Measurement Error in Panel Data, in: *American Sociological Review* 35, 112-117.
- Zelle, Carsten*, 1998: A Third Face of Dealignment? An Update on Party Identification in Germany, 1971-94, in: *Anderson, Christopher J./Zelle, Carsten* (Hrsg.), *Stability and Change in German Elections*, Westport, CT: Praeger, 55-70.
- Zohlnhöfer, Werner*, 1965: Parteiidentifizierung in der Bundesrepublik und in den Vereinigten Staaten, in: *Scheuch, Erwin K./Wildenmann, Rudolf* (Hrsg.), *Zur Soziologie der Wahl. Sonderheft 9 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Köln: Westdeutscher Verlag, 126-168.